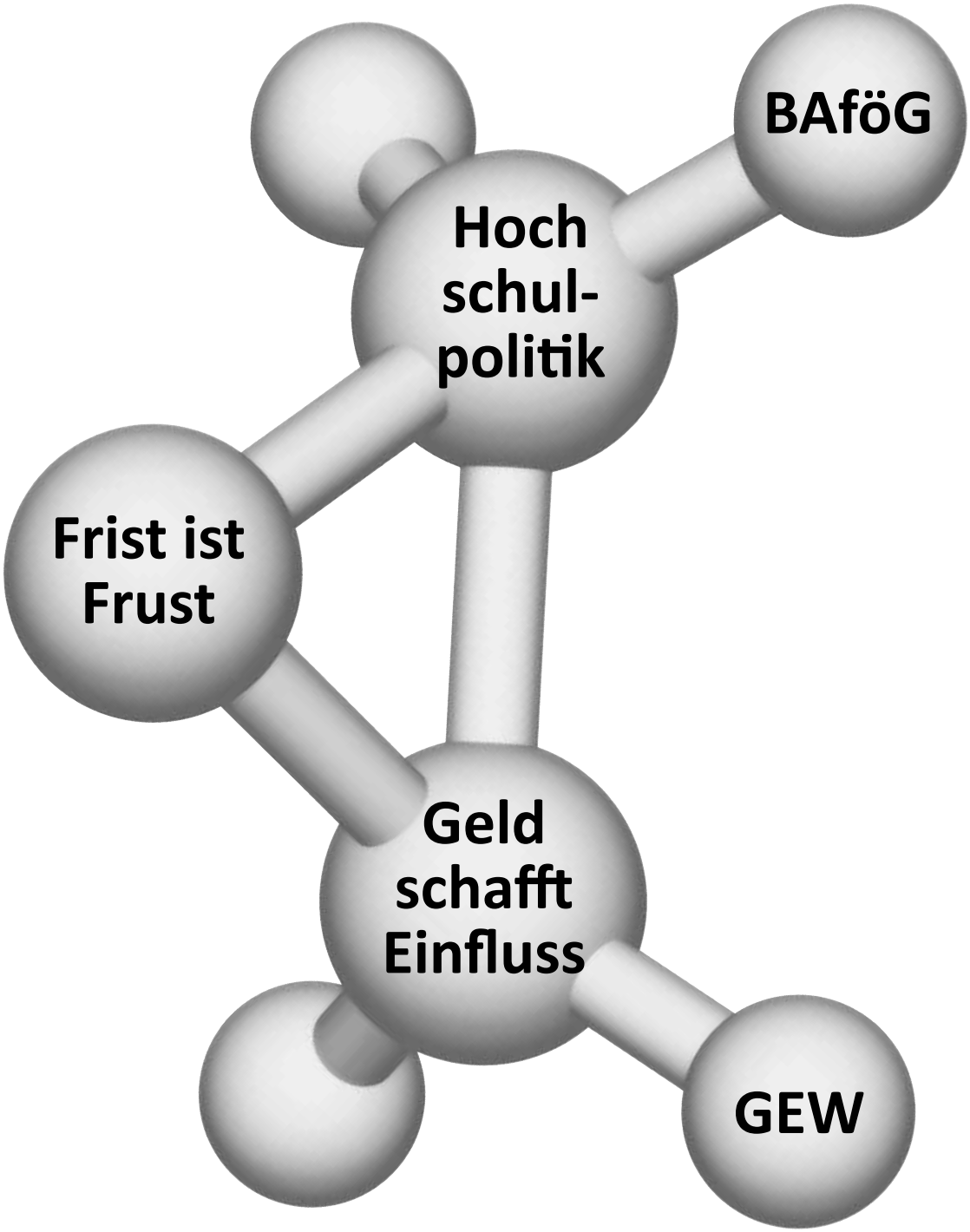

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

September 2019

Hochschulpolitik

3 **Denken wir mal über Befristungen nach**
Vermeintliche Argumente gegen Dauerstellen
von Bernhard Goodwin

5 **BAföG: Nach der Novelle ist vor der Novelle**
von Dr. Andreas Keller

6 **Als Student*in der Gewerkschaft beitreten – macht das Sinn?**
von Sebastian Jung

7 **Keine Alternative!**
AfD-Hochschulpolitik ist wissenschaftsfeindlich
von Christiane Fuchs

9 **TU München wird zum verlängerten Marketingarm von Facebook**
von Christian Kreiß

Was es sonst noch gibt

11 **Soldat*in sein?**
Unter 18 nie und nirgendwo!
von Reinhard Frankl

13 **Lehrkräfte im Nationalsozialismus**
Interview mit Saskia Müller von Ute Schmitt

14 **Leser*innenbriefe**

15 **Behindertenhilfe in Coburg**
Beschäftigte fordern Tarifverhandlungen
Autor*in ist der Redaktion bekannt

17 **Berichte**
- GEW trifft bildungspolitische Vertreter*innen der SPD-Landtagsfraktion
- Münchner SPD-Stadtratsfraktion lädt Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte ein
- Landesfachgruppe Realschulen fasst heiße Eisen an

19 **aus der GEW**
- GEW-Kreisverband Erding wählt neue Vorsitzende
- Was machen GEW-Gremien auf Landesebene?

20 **Dies & Das**

Rubriken

21 **Veranstaltungen**

22 **Geburtstage und Jubiläen**

24 **Kontakte**

Hinweis aus der Rechtsstelle

ARBEITSRECHT/SOZIALRECHT/BEAMTENRECHT

Bei Rechtsstreitigkeiten/gerichtlichen Verfahren ist für GEW-Mitglieder die Landesrechtsstelle erste Anlaufstelle. Unbedingt vor Beauftragung eines Rechtsanwalts gewerkschaftlichen Rechtsschutz beantragen!
Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 089 54379959
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt.
Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

Bildung statt Bomben

– unter diesem Titel brachte die GEW Bund auf dem 8. Weltkongress der Bildungsinternationale (BI) Ende Juli einen Antrag zur Friedenspolitik ein. Dieser wurde einstimmig angenommen. Die Delegierten beschlossen damit auch eine neue internationale Abrüstungsinitiative. Die dadurch frei werdenden Gelder sollten in die Bildungs- und Sozialversicherungssysteme fließen.

Nur wenige Tage zuvor, am 11. Juli 2019, hatte der nordrhein-westfälische Landtag mit den Stimmen der Regierungsparteien CDU und FDP beschlossen, das Hochschulgesetz zu ändern und u. a. die bis dato geltende Zivilklausel zu streichen. Wissenschaftsverbände, studentische Hochschul- und Friedensgruppen kritisierten diesen Vorstoß bis zuletzt.

Rüstungskonzerne und militärische Einrichtungen können nun ab dem Wintersemester 2019/2020 in NRW wieder ungehindert und intransparent ihre Forschungsaufträge – meist gekoppelt an Drittmittel – bei den Hochschulen und Universitäten einreichen. Als »Argumente« für die Gesetzesänderung mussten die hohen Güter der Autonomie der Hochschulen und der Freiheit herhalten.

Und in Bayern? Die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg (OTH Regensburg) setzt schon seit 2012 auf militärische Zusammenarbeit – nicht mit der Bundeswehr, sondern mit der NATO. Nun wurde ihr dies gedankt, ebenfalls im Juli: Ihr Präsident Prof. Dr. Wolfgang Baier und Prof. Dr. Markus Bresinsky nahmen in Den Haag persönlich den Institutional CIMIC Award of Excellence 2019 vom Civil-Military Cooperation Centre of Excellence (CCOE) der NATO entgegen, verlautete die Stabsstelle für Hochschulkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in einer Pressemitteilung. Der bayerische Wissenschaftsminister Sibler gratulierte artig zu dieser Form der Friedenssicherung.

von Dorothea Weniger

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 089 5440810
E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • facebook.com/GEWBayern/
Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de
Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte
Gestaltung: Karin Just
Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel imago images / Science Photo Library
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎089 5029994
Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung
Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München
☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.
Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.
Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Montage/Foto: imago/Christian Mang

Denken wir mal über Befristungen nach

Vermeintliche Argumente gegen Dauerstellen

*Wissenschaftler*innen sind ja darin erfahren, Phänomene systematisch zu betrachten und so Lösungen für mögliche Probleme aufzuzeigen. Zumindest hoffen wir das. Genau dies will ich nun mit dem Phänomen der Befristung von Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft tun.*

Weshalb sind Arbeitsverträge in der Wissenschaft überwiegend befristet? In der Debatte werden einige Gründe genannt und manche auch verschwiegen. Ich versuche hier die wichtigsten herauszuarbeiten.

Argumente aus der politischen Debatte

»Wissenschaft ist ein Bereich, der von der Innovationskraft seiner Mitwirkenden lebt und daher braucht es regelmäßig ›frisches Blut‹ in ihren Reihen – junge Menschen, die noch nicht in verkrusteten Strukturen sitzen und einen neuen unverbrauchten Blick auf die Welt liefern können.« Nennen wir dies das *Innovationsargument*. Diesem folgt das *Nachwuchsargument*: »In dem Maße, in dem Wissenschaftler*innen gezwungen sind, die Wissenschaft zu verlassen, können neue Forscher*innen nachrücken. Sollten die Befristungen aufgehoben werden, so würde das Wissenschaftssystem besetzt von der langsam vor sich hin alternden aktuellen Nachwuchskohorte, die die Chancen für künftige Generationen verstopft.« Eng verwandt ist das *Qualifikationsargument*: Eigentlich seien die ersten zwei Jahrzehnte in der Wissenschaft noch gar keine richtige Arbeit, es sei lediglich der Aufbau einer hinreichenden Qualifikation zum*r Hochschullehrer*in. Damit verbunden ist das *Qualitätsargument*, das behauptet, dass in dieser langen Qualifikationsphase nur die besten Wissenschaftler*innen übrig blieben.

Zu den Argumenten, die meist eher verschwiegen werden, zählt das *Motivationsargument*: »Die dauerhaft befristete Beschäftigung motiviert Arbeitnehmer*innen wissenschaftliche Höchstleistungen zu vollbringen«. Dies ist freilich ein Euphemismus, da wissenschaftliche Leistung trotz Rankings und Publikationslisten sehr schwer messbar ist. Noch etwas stärker im Hintergrund schwelt das *Machtargument*, das betont, dass Befristungen die Machtverteilung zwischen vorgesetzten und nachgeordneten Personen bestärken,

schließlich wurden Professor*innen ja nicht aufgrund ihrer Führungsstärke ausgesucht. Es ist also nicht sichergestellt, dass ihnen Führung ohne die zumindest implizite Drohung von Disziplinierung gelingt.

Mit Blick auf die größere Politik ist das *Steuerungsargument* zu nennen. Es bezieht sich auf die Möglichkeit, Forschungslinien auch wieder einstellen zu können und dann nicht in der Verantwortung für das entsprechende Personal zu stehen. Im Kleinen können sich die Vorgesetzten so eine längerfristige Personalplanung sparen und ihr Team

kurzfristig und nach Bedarf zusammensetzen. Damit einher geht das *Risikoargument*, das eine Verlagerung des Unternehmensrisikos auf das Individuum zulässt und die Geld gebenden Institutionen schützt. Konkret heißt das: Wenn sich Rahmenbedingungen ändern, die Fähigkeiten von Beschäftigten etwa nicht mehr zur Aufgabenstellung passen, Beschäftigte erkranken oder schwanger werden, dann tragen sie selbst das Risiko. Sie müssen nicht weiter beschäftigt werden. Diese Risikoverlagerung ist umso effektiver, je kürzer die Verträge laufen.

Zuletzt sei noch das *Kostenargument* genannt: Aufgrund von geringerer zu vergütender Erfahrung kosten junge Wissenschaftler*innen weniger als ältere Kolleg*innen.

Untaugliche Begründungen

Gerade das letzte Argument soll uns als Schlüssel dienen, um zu verstehen, dass all diese Gründe letztlich nicht weit tragen. Ist es nicht erwartbar, dass sich gerade in der Wissenschaft Erfahrung auszahlt? Ist es nicht viel praktikabler, wenn Risiken von größeren Einheiten getragen werden als von Einzelnen? Fehlt es der Steuerung im Großen wie im Kleinen nicht einfach an anständiger Planung? Ist das Machtungleichgewicht an manchen Lehrstühlen nicht ein Innovationskiller? Verhindert die persönliche Lebensunsicherheit nicht die Motivation? Wählt dieses System wirklich die Besten aus oder nicht eher die, die gegen ihre Unsicherheiten die größte Resilienz beweisen, etwa weil sie ein ökonomisch sicheres Elternhaus haben? Findet in der Zeit der befristeten Beschäftigung in erster Linie Qualifikation statt oder muss die Qualifikation in der Freizeit erworben werden, während in der Dienstzeit Papers und Gutachten für den*die Chef*in formuliert werden? Ist es überhaupt zielführend, neue Menschen in die Wissenschaft zu holen, wenn diese nicht ein Mindestmaß an persönlicher Sicherheit gewährleisten kann und nur eine*r von zehn am Ende der Qualifikation auf einer Dauerstelle sitzt? Zuletzt: Wenn Befristungen tatsächlich der Innovationskraft dienen, warum entfristen wir unsere besten Wissenschaftler*innen, wenn wir sie zu Professor*innen machen?

Wie weiter?

Langfristig müssen Befristungen weg. Sie sind nicht mehr zeitgemäß und sie waren noch nie gut. Eine Möglichkeit wäre, den Finanziers der Forschung auch die Verantwortung für die Weiterbeschäftigung der Menschen zu übertragen, die sie in die Wissenschaft holen. Dann können sie sich überlegen, ob es günstiger ist, viele Einzelne aufzunehmen und ihnen dann angesichts des Fachkräftemangels gute Anschlusskarrieren anzubieten oder weniger unterschiedliche Köpfe langfristig in verschiedenen Projekten zu beschäftigen. Auch in der Lehre sind übrigens Dauerstellen mit einem etwas höheren Deputat günstiger als Qualifikationsstellen mit niedrigerem Deputat.

Kurzfristig ist es jetzt schon möglich,

Befristung erträglich zu machen: Die Vollzeitbeschäftigung muss die Regel sein und die Freizeitpromotion muss aus den Köpfen der Professor*innen (die sie vielfach selbst erlitten haben). Wenn die Qualifikation die Befristung begründet, dann muss die Qualifikation während der Arbeitszeit stattfinden. Deswegen muss auch die Beschäftigungsperspektive die Dauer der Qualifikation sein und nicht nur einzelner Qualifikationsschritte.

Solange das noch nicht klappt, müssen Verträge zumindest möglichst lange Restlaufzeiten haben. Mindestens ein Jahr sollte die Untergrenze sein. So haben Beschäftigte einen erträglichen Planungshorizont. Die Hochschulen können freie Mittel oder Etatstellen dafür nutzen, um Zeiten zwischen Projekten abzusichern, anstatt Wissenschaftler*innen für ein paar Monate immer wieder stempeln zu schicken oder aus dem Beruf zu drängen.

Das Befristungs(un)wesen wird von vielen verschiedenen Seiten kritisiert und es zeigt einmal mehr, dass der niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Wissenschaft ein Problem darstellt. Daher ist die aktuelle Aktion »Frist ist Frust«, die auf ein breites Bündnis um GEW und ver.di bauen kann (frististfrust.net), besonders bemerkenswert und kaum zu ignorieren.

von Bernhard Goodwin

Kommunikationswissenschaftler an der LMU München
Vertreter des wissenschaftlichen Mittelbaus in der erweiterten Hochschulleitung
Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung und Mitglied im Sprecher*innenrat der Vertrauensdozierenden der Stiftung

Foto: imago/Peter Homann

BAföG: Nach der Novelle ist vor der Novelle

*In zwei Jahren feiert das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) seinen 50. Geburtstag. Aber den Student*innen ist nicht nach einer Geburtstagsparty. Denn im letzten halben Jahrhundert wurde das BAföG regelrecht heruntergewirtschaftet.*

Als das BAföG 1971 in Kraft trat, kam noch die Hälfte der eingeschriebenen Student*innen in den Genuss der staatlichen Ausbildungsförderung. Das BAföG wurde als Vollzuschuss gewährt, der nicht zurückgezahlt werden musste. Schüler*innen an allgemeinbildenden Schulen hatten ab Klasse 11 Anspruch auf BAföG, was für mehr Chancengleichheit auf dem Weg zur Hochschule sorgte.

Ganz anders 2019. Nur noch eine*r von acht Student*innen bezieht überhaupt BAföG-Leistungen, im Durchschnitt gerade mal 450 Euro. Die Hälfte muss nach dem Studium zurückgezahlt werden. Das Schüler*innen-BAföG an allgemeinbildenden Schulen wurde 1982 quasi abgeschafft.

Seit Jahrzehnten wird das BAföG kaputtgespart, die notwendige Anpassung von Fördersätzen und Freibeträgen regelmäßig verschleppt. So gab es etwa von 2002 bis 2008 keine einzige BAföG-Erhöhung, von 2010 bis 2016 wurde die Ausbildungsförderung erneut eingefroren.

Die Folge: In kaum einem Land wird der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft beeinflusst wie in Deutschland. Während von 100 Kindern aus Familien von Akademiker*innen 79 ein Hochschulstudium aufnehmen, sind es bei Kindern aus Familien ohne akademischen Hintergrund nur 27.

Die Richtung stimmt

Insofern war es überfällig, dass Bundestag und Bundesrat noch vor der Sommerpause eine BAföG-Novelle verabschiedet haben, die im Oktober 2019 in Kraft treten wird. Der Grundbedarfssatz für Studierende wird danach in zwei Schritten bis Oktober 2020 von derzeit 399 um sieben Prozent auf 427 Euro steigen, darüber hinaus soll die Wohnpauschale von 250 auf 325 Euro angehoben werden. Inklusive des Zuschusses für die Kranken- und Pflegeversicherung wird der BAföG-Höchstsatz auf 861 Euro ansteigen.

BAföG rauf – die Richtung stimmt, aber die geplante Anhebung bleibt deutlich hinter dem Bedarf zurück. Nach einer Studie des Berliner Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie müsste der Grundbedarfssatz nicht nur um sieben, sondern um 37 Prozent steigen – auf 550 Euro. Für 325 Euro lässt sich in den meisten Hochschulstädten keine Student*innenbude finden. Es kann nicht sein, dass sich nur die Kinder reicher Eltern ein Studium in München oder Hamburg leisten können, während der Nachwuchs von Geringverdiener*innen auf Plauen oder Vechta verwiesen wird.

Höchste Zeit für eine Runderneuerung

Darüber hinaus ist es ein halbes Jahrhundert nach Inkrafttreten des BAföG höchste Zeit für dessen Runderneuerung. In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts brauchen wir nicht etwa weniger, sondern immer mehr hoch qualifizierte junge Menschen. Viele Studienberechtigte scheuen ein Hochschulstudium, weil sie Angst haben, nach dem Studium mit einem Schuldenberg ins Erwerbsleben starten zu müssen. Das BAföG muss endlich wieder zu 100 Prozent als nicht zurückzuzahlender Zuschuss gewährt werden. Dass nun im Gegenteil die Mindestrate für die Rückzahlung des BAföG-Darlehens von 105 auf 130 Euro erhöht wurde, ist das komplett falsche Signal.

Nach der BAföG-Novelle ist daher vor der BAföG-Novelle. Die GEW wird die Forderung nach einer BAföG-Reform, die diesen Namen verdient, und auch eine regelmäßige automatische Anpassung der BAföG-Sätze sowie die Wiedereinführung des Schüler*innen-BAföG in den Mittelpunkt ihrer Kampagne zur nächsten Bundestagswahl rücken – voraussichtlich pünktlich zum 50. Geburtstag des Gesetzes.

von Dr. Andreas Keller

stellv. Vorsitzender der GEW
Vorstandsmitglied für
Hochschule und Forschung

Als Student*in der Gewerkschaft beitreten – macht das Sinn?

*In eine Gewerkschaft einzutreten, war früher selbstverständlich. Flächentarifverträge, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Kündigungsschutz – alles Errungenschaften, die auf das Konto starker Gewerkschaften gehen. Doch als Student*in in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eintreten? Das macht doch gar keinen Sinn, denken viele. Wir sagen ganz klar: Und ob das Sinn macht!*

Die GEW Bayern bietet allen Studierenden eine Plattform, um gemeinsam für ein demokratisch organisiertes Bildungs- und damit auch Hochschulsystem zu kämpfen – zum Beispiel im Landesausschuss für Studierende (LASS) oder in der Jungen GEW. Der LASS setzt sich für einen freien Zugang zum Studium ein und fordert auch in Bayern die Anerkennung eines verfassten Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) an Hochschulen, um der Forderung nach einer demokratischen Mitbestimmung gerecht zu werden.

Viele Studierende in höheren Semestern arbeiten an den Hochschulen und Universitäten als studentische Hilfskräfte – zu meist schlechten Bedingungen. Der LASS kämpft deshalb dort auch für faire Arbeitsbedingungen. Gemeinsam mit uns kannst du dich für einen höheren BAföG-Satz und für einen studentischen Tarifvertrag einsetzen oder dich in der Kampagne »Frist ist Frust« engagieren!

Klartext reden und Bescheid wissen

Die GEW bietet auch die Möglichkeit, zusammen mit anderen negative Trends aufzuzeigen und neue Akzente zu setzen. Gemeinsam kannst du dich gegen die zunehmende Ökonomisierung von Bildung und Wissenschaft und gegen Konzepte für Eliten wehren. Die GEW setzt sich dafür ein, dass Forschung staatlich finanziert und nicht durch Firmen und Konzerne in Form von sogenannten Drittmittelprojekten gesteuert wird.

Die GEW hat darüber hinaus zahlreiche Infos, die für dich und dein Studi-Leben wichtig sind. Wir erstellen Materialien und bieten Veranstaltungen zu aktuellen Entwicklungen an Hochschulen, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen an. Außerdem unterstützen wir dich praktisch, z. B. in Form einer Stundenplanberatung. Erfahrene Kolleg*innen, die in einem Netzwerk zusammenarbeiten, helfen dir in Problemlagen weiter oder geben dir wertvolle Tipps, z. B. bei Fragen zum Praktikum.

Recht bekommen und Probleme lösen

Bereits im Studium kannst du auf viele Situationen stoßen, in denen rechtliche Unterstützung hilfreich ist: im Nebenjob, im Praktikum, beim Berufseinstieg oder beim BAföG-Antrag. Wir sind für dich da, wenn du Hilfe brauchst. Du findest Ansprechpartner*innen an deiner Hochschule oder Uni, in den GEW-Geschäftsstellen, beim LASS oder bei der Jungen GEW. Solltest du rechtliche Probleme im Zusammenhang mit deinem Studium haben, hilft dir der GEW-Rechtschutz weiter!

Selbst aktiv werden

Nur gemeinsam sind wir stark und nur gemeinsam können wir ein Gegengewicht zu den Politiker*innen mit ihren Sparprogrammen auf Kosten der Bildung sein! Wir wollen eine verantwortungsvolle und zukunftssichere Bildungs- und Hochschulpolitik. Dazu gehört auch, dass an den Universitäten und Hochschulen endlich Geschlechtergerechtigkeit einkehrt und sich der Anteil an weiblichen, aber auch an LGBTI- und Professor*innen mit Migrationshintergrund erhöht. Um all diese Veränderungen voranzubringen, brauchen wir viele neue Ideen – auch deine!

Wir als GEW haben aber nicht nur Bildung im Kopf. Wir setzen uns auch für soziale Gerechtigkeit ein und unterstützen den Kampf gegen rechts.

In der GEW triffst du bundesweit Menschen, mit denen du neue Perspektiven und gemeinsame Projekte entwickeln kannst. Deine Meinung zählt!

Überzeugt? – Dann sei dabei!

Neugierig geworden? – Dann sprich einfach die Kolleg*innen an deiner Universität oder Hochschule an oder melde dich beim LASS! In Bayern hast du als Student*in die Möglichkeit, in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft einzutreten und alle Vorteile zu genießen, ohne einen Mitgliedsbeitrag zu zahlen (gew.de/mitglied-werden).

Einen Überblick, wer wo aktiv ist, mitsamt allen Kontaktadressen, findest du hier: gew-bayern.de/personengruppen/studierende

GEW – Gemeinsam mehr erreichen!

von Sebastian Jung

Gewerkschaftssekretär im Organisationsbereich Schule

Keine Alternative!

AfD-Hochschulpolitik ist wissenschaftsfeindlich

Programmatisch ist die AfD rückwärtsgewandt, auch in der Hochschulpolitik. Selbst die Freiheit der Forschung und Lehre negiert die Partei. Um ihre Positionen durchzusetzen, setzt sie auf Einschüchterung. Gründe genug, um dagegenzuhalten.

Ende Mai besetzten Studierende die Bibliothek der Dresdner Hochschule für Bildende Künste, weil deren Leiterin für die AfD kandidiert hatte. Für die Protestierenden ist die Kandidatur für die AfD mit ihren rassistischen, frauenfeindlichen und homophoben Positionen mit einem leitenden Amt an einer weltoffenen Hochschule nicht zu vereinbaren.

Hochschulpolitik von gestern

Abgesehen von ihren menschenfeindlichen Standpunkten ist die Partei auch aus hochschulpolitischer Sicht nicht wählbar. In ihren Programmen zur Bundestagswahl 2017 sowie zur bayerischen Landtagswahl 2018 offenbart sie ihre angestaubten und demokratiefeindlichen Ansichten: Den Bologna-Prozess als Basis eines international besser vernetzten Hochschulsystems möchte die AfD zurückdrehen und sich mit einer kompletten Rückkehr zu Staatsexamens-, Magister- und Diplomstudiengängen vom europäischen Hochschulraum abkoppeln. Lehramtsstudiengänge sollen künftig nicht mehr an Universitäten studiert werden, sondern an eigens dafür eingerichteten Pädagogischen Hochschulen. Allen Bestrebungen der Internalisierung zum Trotz fordert sie außerdem, Deutsch als »Lehr- und Wissenschaftssprache zu fördern«, und suggeriert damit eine faktisch nicht vorhandene Bedrohung deutschsprachiger Wissenschaftsformate; englische Lehrangebote gelten der Rechtsaußen-Partei als »Verdrängung« des Deutschen.

Auch Maßnahmen, die Gleichstellung fördern, wie geschlechtergerechte Sprache oder Frauenquoten lehnt die AfD ab. Dabei wären diese gerade in

Foto: imago/Pacific Press Agency

Bayern mit dem bundesweit geringsten Anteil an Professorinnen dringend nötig. Ebenso möchte die Partei den allgemeinen Hochschulzugang für Abiturient*innen dadurch beschränken, dass Hochschulen ihre Studierenden künftig nach »eigenen Kriterien« aussuchen dürfen. Dies steht in klarem Widerspruch zum Grundrecht auf freie Wahl des Berufs und der Ausbildungsstätte und würde willkürlichen Selektionsmaßnahmen Tür und Tor öffnen.

Forschungsfeindliche Positionen

Die AfD geht aber noch weiter und möchte ganze Forschungsbereiche abschaffen. Wenig überraschend mit Blick auf ihr rückständiges Frauen- und Familienbild setzt sie sich für eine Streichung der Genderstudies ein. Aber auch die Erforschung des Klimawandels gilt der Rechtsaußen-Partei als ‚ideologisch motiviert', weshalb sie deren Abschaffung fordert. Damit erwägt die AfD in ihren Wahlprogrammen offen politische Maßnahmen, die in eindeutigem Widerspruch zu unserem Grundgesetz stehen. Mit Artikel 5 (3) GG ist die Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre – unter Einhaltung der Verfassung – grundgesetzlich geschützt. Die wissenschaftspolitischen Vorstellungen der AfD stellen dagegen einen massiven Eingriff in dieses Grundrecht dar.

Versuche der Einschüchterung

Erfreulicherweise ist die aktive Betätigung der AfD zumindest an Hochschulen bisher gering. Die AfD-Hochschulgruppe »Campus Alternative« gibt es nur an wenigen Standorten. Doch sind auch Universitäten kein Bollwerk gegen den Faschismus: Ableger der vom Verfassungsschutz beobachteten »Identitären Bewegung« sowie Burschenschafter mit Verbindungen ins rechtsradikale Milieu zeigen deutlich, dass der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck auch vor Hochschulen keinen Halt macht.

Trotz Inaktivität vor Ort versucht die AfD Studierendenvertretungen – aber auch Wissenschaftler*innen –, welche sich klar gegen rechte Umtriebe positionieren oder kritische Forschung betreiben, einzuschüchtern. Bereits in mehreren Landesparlamenten versuchten AfD-Fraktionen mittels schriftlicher Anfragen persönliche Daten über studentische Vertreter*innen zu erlangen sowie Listen vermeintlich »linksextremer« Lehrinhalte – worunter bei der AfD auch wissenschaftlich längst etablierte Ansätze wie die Genderstudies fallen – zu erhalten. Dahinter steht kein Informationsinteresse, sondern der Versuch der Einschüchterung im Stil von Denunziationslisten.

Deshalb ist dem Protest der Dresdner Studierenden zuzustimmen: Das Engagement in einer demokratie- und wissenschaftsfeindlichen Partei wie der AfD ist nicht vereinbar mit den Grundsätzen unseres Hochschulsystems!

von Christiane Fuchs

studentische Sprecherin an der Universität Regensburg
Mitglied im Sprecher*innen-Team der Studierenden der GEW Bayern

GEW Bayern unterstützt die Stellungnahme von »Pädagogen For Future«

Unter dem Slogan »Pädagogen For Future« fordern Erzieher*innen, Lehrer*innen, Pädagog*innen und Ehrenamtliche im Bildungsbereich eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen durch sofortiges Handeln gegen die Klima- und ökologische Krise. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, können sich die pädagogischen Fachkräfte auf paedagogenforfuture.org der Stellungnahme der Initiative mit ihrer Unterschrift anschließen. Die Forderungen orientieren sich an denen der »Fridays for Future«-Bewegung.

Die GEW Bayern unterstützt die Initiative und bittet die Beschäftigten im Bildungs- und Erziehungsbereich, die Stellungnahme der Initiative zu unterzeichnen und weiterzuverbreiten.

und:

GEW Bayern unterstützt auch den Appell von »Fridays for Future«

Die Akteur*innen von »Fridays for Future« rufen für den 20. September 2019 zu weltweiten, generationenübergreifenden Aktionen auf. Neben Eltern und Wissenschaftler*innen seien nun auch Beschäftigte, Arbeitgeber*innen, Nachbar*innen, Pädagog*innen, Sportler*innen, Arbeitssuchende, Kreative, Auszubildende – einfach alle – gefordert. Die Beschäftigten der Geschäftsstelle der GEW Bayern beteiligen sich, die GEW Bayern unterstützt den Appell. Wer ebenfalls mitmachen möchte, findet hier weitere Infos: fridaysforfuture.de/allefuersklima

von Dorothea Weniger

Vermutlich war die Parole, unter die Mark Zuckerberg seinen Auftritt vom 30.4.2019 stellte, dazu gedacht, aufgebrachte Facebook-Nutzer*innen zu beruhigen. Sie lässt sich aber auch als Zielvorgabe seines Konzerns interpretieren, was wohl eher der Realität entspricht. Foto: imago images/Kyodo News

TU München wird zum verlängerten Marketing-Arm von Facebook

Facebook leidet unter Imageproblemen: Der Bundesvorsitzende der Grünen Robert Habeck löscht öffentlichkeitswirksam seinen Facebook-Account. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel wird über Facebook gehackt und folgt daraufhin dem Beispiel Habecks. Ein Deal soll nun der Vertrauenskrise entgegenwirken: Facebook sponsert in München ein Ethikinstitut, das der Technischen Universität (TU) angegliedert ist. Sein Leiter wird ohne übliches Bewerbungsverfahren unter den Augen der TU München eingesetzt.

Nutzer*innen von Facebook wollen nicht mehr so recht an die integre Datenverwendung des Konzerns glauben. Dieser plagt sich mit Umsatzsorgen wegen Datenmissbrauch. Was also tun? Am besten ein Deep Marketing über renommierte, vermeintlich unabhängige Institutionen verfolgen, am besten über eine bekannte Universität, die über alle Zweifel erhaben ist. Am besten über die TU München, die nur Insider*innen als sehr industrienah bekannt ist. Also nimmt Facebook aus dem Marketingetat 6,5 Millionen Euro – angesichts eines Volumens von etwa 4,7 Milliarden Dollar im Jahr Peanuts – und poliert damit sein Image: Man stiftet ein »TUM Institute for Ethics in Artificial Intelligence«, ein Institut für ethische Forschung. Gut angelegtes Geld mit hoher Rendite, mit dem man gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen kann.

Raffiniertes Marketing

Zum einen erscheint die Nachricht sofort in allen deutschen Leitmedien, und zwar nicht unter der Rubrik »Werbung«, wo sie eigentlich hingehört, sondern im redaktionellen Teil. Die Fernsehgucker*innen und Zeitungsleser*innen denken: Die TU München ist seriös, dann muss auch Facebook irgendwie seriös sein. Das Gerede vom Datenmissbrauch kann nicht so schlimm

sein, sonst würden die sich nicht trauen, ein Ethikinstitut zu installieren. Gut fürs Facebook-Geschäft.

Zum anderen wird das Deep Marketing wirken: Ist der*die Leiter*in des Instituts ein nicht gar so industriekritischer Geist, werden im Laufe der nächsten Jahre immer wieder unkritische und beschwichtigende Berichte zu Facebook aus erster akademischer Hand erscheinen. Damit wird eine vermeintlich wissenschaftlich fundierte Theorie zur Nutzung künstlicher Intelligenz erarbeitet. Es erfolgt eine Weichen stellende, scheinbar unabhängige Wissenschaftsarbeit für die intellektuelle Diskussion und entsprechende Einflussnahme – ganz im Sinne der Großkonzerne. In drei Jahren erinnert sich kein Mensch mehr daran, wer eigentlich hinter dem Ethikinstitut steckt. Noch besser fürs Facebook-Geschäft.

Altruismus und Egoismus – kein Gegensatz mehr

Wie erfolgreich das Facebook-Ethikinstitut langfristig die Weichen zugunsten von Facebook stellen kann, steht und fällt mit dem Institutsleiter, also mit Prof. Dr. Christoph Lütge, in der Tat kein allzu industriekritischer Geist. Zwei Zitate aus seinem jüngsten Buch von 2018 mit dem Titel »Wirtschaftsethik« sagen vielleicht mehr als tausend Worte: »Man kann das Eigeninteresse – innerhalb der geeigneten Rahmenordnung – gewissermaßen als eine ›moderne Form der Nächstenliebe‹ begreifen. (…) Es gilt also nicht mehr der traditionelle Gegensatz zwischen gutem, altruistischem Verhalten und schlechtem Egoismus.« (Lütge/Uhl 2018, S. 33) Kurz zusammengefasst: Jesus würde heute anstatt Nächstenliebe Eigenliebe predigen. Eine interessante Aussage eines Ethikers, der damit alle Ethik aufhebt. Für Facebook (und andere Konzerne) eine geniale Botschaft: Seid egoistisch, maximiert eure Gewinne, dann seid ihr die Wohltäter der Menschheit. Das zweite Zitat: »Ein Entscheidungsträger, der in rationaler Weise seinen Nutzen maximiert, wird als Homo Oeconomicus bezeichnet. (…) So ist beispielsweise die Handlungsweise einer Mutter Theresa (…) völlig vereinbar mit dem Modell des Homo Oeconomicus.« (Lütge/Uhl 2018, S. 81). Also egal ob Konzernchef von Facebook oder Mutter Theresa: Beide maximieren nur ihren Nutzen und damit ist alles gut. Christoph Lütges Moral läuft auf einen Blankoscheck für Konzernlenker*innen hinaus: Besser kann es für Facebook nicht laufen.

Christoph Lütge ist also der ideale Mann für Facebook. Ein vehementer Fundamentalvertreter der neoliberalen Doktrin. Ihr folgend wendet die »unsichtbare Hand« des Marktes alles zum Guten, allen Egoismus verwandelt sie auf geheimnisvolle Weise in Altruismus und dient damit dem Wohl aller. Diese 250 Jahre alte Aussage von Adam Smith ist mit Blick auf die Finanzkrise von 2007/08 und die heutigen Umweltprobleme, die Kinderarbeit, die Plastikmüllberge und die sozialen Schieflagen etc. nicht mehr zeitgemäß, sondern erinnert eher an ein strammes Dogma eines echten Freie-Markt-Fundamentalisten.

Und wie agiert die TU München?

Bei der Besetzung von Instituten an staatlichen Hochschulen sollten nach Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz diejenigen Bewerber*innen zum Zuge kommen, die für solche Stellen am besten geeignet sind. Wer das ist, wird gemeinhin durch öffentliche Stellenausschreibungen, Bewerbungsverfahren und anschließende Auswahl der am besten geeigneten Person durch ein unabhängiges Gremium von Expert*innen, z. B. einer unabhängigen Berufungskommission, ermittelt.

Im Falle der Besetzung des neu gegründeten »TUM Institute for Ethics in Artificial Intelligence« vermied man aber ein solches Auswahlverfahren und setzte lieber gleich per Handschlag und im wohlwollenden Einvernehmen mit dem Geldgeber Facebook den – wie oben dargelegt – zynischen Ethiker Lütge ein. Damit hatten andere ausgewiesene Ethikexpert*innen, die beispielsweise der kritischen Denkrichtung der »integrativen Wirtschaftsethik« angehören, gar keine Chance mehr, sich auf diese Stelle auch nur zu bewerben. Diese wollte man dem spendablen US-Konzern seitens der TU München wohl auch lieber ersparen.

Auf der Strecke blieben ein faires Bewerbungsverfahren und damit die freie Wissenschaft. Postenschacher als Gefälligkeit für den Geldgeber Facebook statt Auswahl der Fähigsten an der TU München, hieß die Devise. Ein Widerspruch zu guten Ethikregeln und guter Wissenschaft. Das neue Ethikinstitut der TU München beginnt also gleich mit einem Ethikbruch. Kein gelungener Start, dafür aber einer, der in der Tradition von Facebook steht, das Ethikregeln ständig bricht.

Wie tief will die TU München fallen?

Die Institutsgründung und die Ernennung des Institutsleiters ohne Bewerbungsverfahren erinnern schwer an Käuflichkeit: Ethische Zweifel werden durch viel Geld beschwichtigt, die Tore der Wissenschaft werden bereitwillig und weit geöffnet, sobald Geldströme fließen. Wie glaubwürdig ist eine solche Wissenschaft noch?

Wenn das Beispiel Facebook und TU München Schule macht, könnte künftige Hochschulpolitik so aussehen: Große nationale und internationale Konzerne suchen sich die am meisten mit industrienahen Aussagen auffallenden und der Industrie besonders nahestehenden, sagen wir, zunächst 1.000 Professor*innen an deutschen staatlichen Hochschulen aus. Sie beschließen, diesen jeweils mehrere Millionen Euro zur freien Verfügung zu stellen, ohne Ausschreibung oder Wettbewerb um das Geld. Auf die ausgewählten gefälligen Personen nimmt man keinen Einfluss – muss man auch nicht, denn gängeln oder knebeln muss man nur Andersdenkende.

In der Konsequenz kann dann die öffentliche Hand ihre eigenen Mittel weiter zurückfahren und sich zuletzt kostenoptimierend fast ganz zurückziehen, denn nun übernehmen die spendablen Großunternehmen. Das in der Hochschulbildung eingesparte Geld können wir dann für andere wichtige gesellschaftliche Zwecke verwenden, versucht man das Verfahren der Bevölkerung schmackhaft zu machen. Im nächsten Schritt legen wir dann unsere Bildungspolitik ganz beruhigt in die Hände von Facebook & Co., damit auch dort alles gut wird.

von Christian Kreiß

Professor für Finanzierung und Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Aalen
Kontakt: menschengerechte-wirtschaft.de

Soldat*in sein? Unter 18 nie und nirgendwo!

Im Mai 2019 besuchte ich einen Informationsabend an der Uni Freiburg mit dem ehemaligen Kindersoldaten Innocent Opwonya. Eingeladen hatte ein breites Bündnis friedenspolitisch engagierter Freiburger Organisationen, darunter auch die GEW. Ralf Willinger, Kinderrechtsexperte bei »terre des hommes« präsentierte im Rahmen der Veranstaltung auch die Kampagne »Unter 18 nie! – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!«.

Ein Dorf im Norden Ugandas. In der stetigen Angst vor Überfällen der Lord's Resistance Army (LRA) hatten sich die Menschen, so auch Innocent Opwonyas Familie, eigentlich angewöhnt, jeden Abend die nahe gelegene Stadt aufzusuchen. Sie verbrachten die Nächte entweder unter Veranden von Reichen – die haben nämlich Sicherheitsdienste – oder sie schliefen im relativen Schutz der Standorte von Regierungstruppen.

Die »Widerstandsarmee des Herrn« führte einen brutalen Krieg gegen die Regierung. Als christliche Fundamentalist*innen wollten sie einen Gottesstaat errichten. Nachdem ihr Anführer Joseph Kony seinen früheren Rückhalt in der Bevölkerung bei Protestaktionen gegen die Regierung nach und nach verloren hatte, begann er sich immer mehr auf Kinder zu konzentrieren, die »leichter lenkbar« seien. Als die Regierung zurückschlug, eskalierte sein Widerstand zum bewaffneten Kampf und er musste seine Aktionsbasis samt der inzwischen zu Soldat*innen ausgebildeten Kinder nach Norden außer Landes auslagern.

Wegen des starken Regens hatten die Eltern Innocents an jenem Abend entschieden, ausnahmsweise in ihrer Hütte zu bleiben. Zehn Jahre war Innocent gerade alt.

Entführung von Vater und Sohn

Die Rebell*innen kamen ins Dorf. Gewaltsam drangen sie in das Haus der Eltern ein und bedrohten die Familie. Den Vater und Innocent nahmen sie mit. Hart war der Marsch nach Norden in die Darfur-Region, zu hart für den zehnjährigen Jungen. Als er weinend zusammenbrach und der Vater seinem Sohn zu Hilfe kam, ergriffen die Rebell*innen den Mann und führten ihn ein Stück in den Wald. Innocent hörte die Schüsse.

2019 ist Innocent 29 Jahre alt. Er wohnt mittlerweile mit seiner deutschen Frau in Köln. Doch der Weg dahin war gewunden und es fällt dem Ugander nicht immer leicht zu erzählen. Zum Beispiel, wie er versuchte seinem Martyrium zu entfliehen, aber erwischt wurde.

Kriegsdienst und Flucht

Nach dem Training zum Umgang mit Waffen verbunden mit Versuchen von »Gehirnwäsche« etc. wurde er

Innocent Opwonya (links) gewährte verstörende Einblicke in das System der LRA in Norduganda, das aus strategischen Gründen auf Kindersoldat*innen setzt. Ralf Willinger (Mitte) von »terre des hommes« übersetzte und stellte darüber hinaus die Kampagne »Unter 18 nie! – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!« vor. Der GEW-Kollege Jürgen Grässlin (rechts) moderierte den Abend und wies dabei auch auf seine »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« hin.

als Zwölfjähriger gezwungen, in dem schmutzigen Krieg des LRA-Anführers Kony, der nach Innocents Worten »heute gar nicht mehr weiß, wogegen er Widerstand leistet«, mitzukämpfen.

Der zweite Fluchtversuch gelang, aber für ihn und seine Familie war in Uganda nun alles verloren. Über eine zweifelhafte westliche Nichtregierungsorganisation (NGO) kam er in die Vereinigten Staaten. Dort ermöglichte es ihm eine Stiftung, eine Schul- und Hochschulausbildung zu absolvieren.

Darüber, dass die Rebell*innen ihn nach seinem ersten Fluchtversuch nicht umbrachten, wundert sich Opwonya noch heute. Sie straften ihn aber hart und fügten ihm schwere Verletzungen an den Beinen zu, die Innocent heute als »wertvolle Erinnerung« ansieht. Sie sind die Motivation, den Kampf gegen den Missbrauch von Kindern als Soldat*innen fortzuführen.

Der Kampf geht weiter: Unter 18 nie!

So geht Innocent Opwonya zusammen mit Ralf Willinger und der Kampagne »Unter 18 nie! – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!«[1] auf »Tournee« durch die Bundesrepublik. Eine Kampagne, auf die ich im September 2018 aufmerksam wurde, als mich die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe »Globalisierung und Krieg« gebeten hatte, mit Martina Schmerr vom GEW-Hauptvorstand Kontakt aufzunehmen. Das Ziel sollte die Vernetzung mit einer in Entstehung befindlichen Kampagne gegen die Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr sein. Seitdem verfolge ich über einen E-Mail-Verteiler, wie diese Initiative erfreulich wächst.

Am 27. März dieses Jahres stellte ich folgenden Antrag an die GEW Unterfranken: »Die GEW Unterfranken unterstützt das Bündnis U18nie und beantragt im LA der GEW Bayern den zeitnahen Beitritt der GEW Bayern zu diesem Bündnis.« Der Antrag wurde auf der Bezirksausschusssitzung am 5. April einstimmig angenommen. Am 6. April beschloss der Landesausschuss der GEW Bayern bereits, angestoßen durch einige Mitglieder des Landesvorstands, den Beitritt zur Kampagne. Das ist gut.

1 unter18nie.de

Hintergrund

2018 wurden von der Bundeswehr 1.679 Soldatinnen und Soldaten unter 18 Jahren angeworben, nach Definition der UN-Kinderrechtskonvention Kindersoldat*innen. Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 hatte sich damit die Zahl Minderjähriger bei der Bundeswehr verdreifacht – von 689 auf 2.126 im Jahr 2017. Besonders stark stieg dabei die Zahl der minderjährigen Soldatinnen, die sich seit 2011 fast verachtfacht hat. Auch wenn gegenüber dem Vorjahr die Zahl nun etwas rückläufig ist, es bleibt weiterhin ein Skandal auf höchstem Niveau. Deshalb startete die Kampagne »Unter 18 nie!« auch am 28. März 2019, dem diesjährigen Girl's Day. »Unter Überschriften wie ›Ein Tag als Soldatin‹ oder ›Attraktive Uniformen‹ werben über 100 Einrichtungen der Bundeswehr für mehr als 3.600 Angebote zum bundesweiten Tag der Berufsorientierung für Mädchen ab der fünften Klasse«, begründen die Initiator*innen der Kampagnen ihre Entscheidung.

17-Jährige werden bei der Bundeswehr an der Waffe ausgebildet und erhalten dasselbe militärische Training wie Erwachsene. Sie werden mit erwachsenen Soldat*innen zusammen untergebracht, das Jugendarbeitsschutzgesetz und der gesetzliche Jugendschutz werden in der Bundeswehr nicht eingehalten. Es gibt nur zwei besondere Schutzmaßnahmen: Jugendliche werden noch nicht in Auslandseinsätze geschickt und sie absolvieren keinen bewaffneten Wachdienst.

Bundeswehr raus aus den Schulen!

Seit Jahren kritisieren GEWler*innen die Rekrutierungspraxis in der Initiative »Wir müssen leider draußen bleiben – Bundeswehr raus aus den Schulen!«. Dennoch hat sich die aggressive Werbung der Bundeswehr in Schulen, bei Abenteuer- und Sportevents, bei Ausstellungen und Messen, Vorträgen in Jobcentern, Arbeitsagenturen und Berufsinformationszentren verstärkt.

Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (DIE LINKE) fragt vierteljährlich die Liste der Bundeswehrauftritte ab.[2] Allein im ersten Quartal 2019 gab es etwa 130 Einsätze von Karriereberater*innen in Schulen plus über 20 Truppenbesuche von Schulklassen unter Führung von Jugendoffizier*innen.

2 ulla-jelpke.de/2018/12/bundeswehr-reklametermine-im-ersten-quartal-2019

Zaghafter Versuch

Der jüngste Parteitag der Berliner SPD beschloss in diesem Frühjahr: »Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben.« Alles andere als ein Grund zur Beruhigung, zumal die CSU darin »einen Angriff auf das im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte Wirken der Parlamentsarmee Bundeswehr« sieht und das aggressive Werben fürs Sterben einen »wertvollen Beitrag, den die Jugendoffiziere zur Unterstützung der politischen Bildung an Schulen leisten«[3] nennt. Auch Thomas Oppermann konnte seinen Ärger darüber nicht zurückhalten. »Wer so einen Unsinn beschließt, sollte sich selbst von unseren Schulen fernhalten«, twitterte der SPD-Politiker und Vizepräsident des Bundestags.[4]

Fazit: Einklinken!

Doch die GEW bleibt zusammen mit der Initiative »Unter 18 nie!« dabei: Abgesehen vom Widerstand gegen die Militarisierung der Außenpolitik in EU und BRD wird es höchste Zeit, dass auch Deutschland endlich den internationalen 18-Jahre-Standard einhält. Wer sich für die weltweite Ächtung des Einsatzes von Kindersoldat*innen und die Stärkung der Kinderrechte einsetzt, kann nicht gleichzeitig Minderjährige in die Bundeswehr einziehen.

Als Pädagog*innen und Gewerkschafter*innen dem Einsatz gegen Krieg bzw. für den Frieden und die Rechte von Kindern und Jugendlichen verpflichtet, ruft die GEW Bayern ihre Mitglieder auf, sich in die Kampagne »Unter 18 nie! – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!« einzuklinken und Aktionen vor Ort durchzuführen. Gerne nimmt die DDS-Redaktion auch den einen oder anderen Bericht darüber entgegen.

von Reinhard Frankl
GEW Aschaffenburg

3 www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000001000/0000001445.pdf

4 vorwaerts.de/artikel/umstrittener-beschluss-berliner-spd-debatte-bundeswehr-schulen

Lehrkräfte im Nationalsozialismus

*Nicht nur über Jurist*innen und die Ärzt*innen konnte das Naziregime seine Ideologie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verankern. Auch Pädagog*innen stellten eine Berufsgruppe dar, die dem faschistischen System nutzte. Welche Rolle erziehungswissenschaftliche und pädagogische Zeitschriften bei der Ideologisierung spielten und in welchen Verbänden sich Lehrkräfte in dieser Zeit organisierten, untersuchte Saskia Müller (Foto), Diplom-Pädagogin und Doktorandin in der Forschungsstelle NS-Pädagogik im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt, in ihrer Promotion zum Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB). Ute Schmitt sprach mit ihr darüber.*

DDS: »Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945« heißt das Buch, das du zusammen mit Benjamin Ortmeyer 2016 veröffentlicht hast. Waren Lehrerinnen und Lehrer besonders anfällig für die Ideologie des Nationalsozialismus (NS)?

Saskia Müller: Die große Mehrheit der Lehrkräfte hatte eine enge Bindung an den Staat. Bereits in den 70er- und 80er-Jahren wurde festgestellt, dass diese Berufsgruppe nicht aufgrund von Arglosigkeit und Verführung zum NS überlief, sondern weil sie mehrheitlich das Interesse teilte, mit den Nazis einen starken Staat zu errichten. Ihre Berufsverbände, in denen sie zu 90 Prozent organisiert waren, boten mit ihrer inhaltlichen Ausrichtung ideologische Anknüpfungspunkte. Ein spürbarer Rechtsruck innerhalb der Lehrkräfte vollzog sich 1932 im Kontext von Krise und Notstandsverordnungen – trotz ihrer vergleichsweise guten Absicherung durch die sozialen Kassen in ihren Organisationen. Der größte Verband, der Deutsche Lehrerverein (DLV), fand bereits im Mai 1932 keine Mehrheit mehr für ein aktives Eintreten für die Demokratie und gegen die drohende Diktatur. Der Philologenverband arbeitete ohnehin aktiv an der Auflösung der Weimarer Republik mit. Ein Problem war auch, dass der DLV einen Neutralitätskurs verordnete – den es selbstverständlich nicht geben konnte – und damit vor allem die Opposition neutralisierte und für die eigene Eingliederung ins NS-System sorgte. Während die sozialistischen und demokratischen Organisationen 1933 zerschlagen wurden, hatten die großen Verbände der Lehrkräfte durchaus Spielräume, die sie mehrheitlich nicht nutzten. Stattdessen verhielten sie sich – mit wenigen Ausnahmen – im Übergang von der Weimarer Republik in den NS anbiedernd bis zustimmend angesichts der anstehenden Machtübernahme. Die Vereine zeigten auch keine Skrupel, Satzungsänderungen aufzunehmen, die jüdische Mitglieder sowie die wegen sogenannter politischer Unzuverlässigkeit entlassenen Personen ausschlossen. Die Eingliederung der Lehrkräfte in den NS-Lehrerbund ab 1933 setzte den am Ende der Weimarer Republik eingeschlagenen Weg der großen Berufsverbände fort. Es war also nicht in erster Linie das plötzliche Ergebnis von Druck und Gewalt, sondern ein seit 1929 kontinuierlicher Prozess.

Niemand musste Mitglied im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) werden. Welche Formen des Widerstands oder der Verweigerung waren Lehrkräften möglich, die sich nicht im NSLB organisierten?

Es gab abweichendes Verhalten und Widerstand Einzelner im Alltag. 1937 waren nur drei Prozent der Lehrkräfte nicht Mitglied im NSLB. Es ist nicht erforscht, ob einzelne oppositionelle Lehrkräfte trotzdem eine NSLB-Mitgliedschaft besaßen. Im Alltag boykottierten sie Vorschriften, wehrten sich gegen ideologische Schulungen und gegen die rassistische und antisemitische Durchdringung des Schulwesens. Sie schützten jüdische Schülerinnen und Schüler, unterstützten oppositionelle Jugendliche oder zeigten sich solidarisch mit verfolgten Kolleginnen und Kollegen. Lutz van Dijk kam in seiner Untersuchung von Biografien oppositioneller Lehrkräfte auf zwei Aspekte, die die befragten Personen – im Gegensatz zu vielen anderen – gemein hatten: Fähigkeit zur Empathie und Verantwortungsübernahme für das eigene Handeln trotz möglicher persönlicher Nachteile.

Im Exil gab es verschiedene Berufsverbände wie den Verband Deutscher Lehreremigranten/Union des Instituteurs Allemands Emigrés, die Sozialistische Erziehungsinternationale und die Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer in der damaligen Tschechoslowakei. Sie bauten in verschiedenen Ländern Schulen auf als Zuflucht für die emigrierten Kinder, klärten die Öffentlichkeit auf, leisteten Solidaritätsarbeit mit verfolgten Kolleginnen und Kollegen und planten ein neues Bildungs- und Erziehungswesen für ein befreites Deutschland. Es sind aus diesen Reihen auch zahlreiche Schriften über die NS-Pädagogik und das Verhalten der Lehrkräfte in Deutschland entstanden. Insbesondere Hildegard Feidel-Mertz und Hermann Schnorbach ist es zu verdanken, dass

diese verdrängte Pädagogik nicht in Vergessenheit geraten ist.

Deine Promotionsarbeit ist eine »dokumentarische Analyse« der zentralen Mitgliederzeitschrift[1] des NSLB. Was waren die Hauptthemen dieser Zeitschrift?

Das Zentralorgan des NSLB war eine zutiefst rassistische und judenfeindliche Zeitschrift, die sich taktisch den Entwicklungen des NS-Systems und tagesaktuellen Ereignissen anpasste und sie propagandistisch für die Pädagoginnen und Pädagogen aufbereitete. Vielfach entsprach der vulgär-antisemitische Ton durchaus dem »Stürmer«. Die wesentliche Funktion der Zeitschrift war die ideologische Schulung der Pädagoginnen und Pädagogen. Sie entsprach in allen wesentlichen Punkten den zentralen ideologischen Vorgaben des NS-Staates. Diese wurden mit (schul)pädagogischen Fragestellungen verbunden, bspw. der Vermittlung der Rassenideologie im Unterricht.

Populist*innen und Rechtsextreme versuchen aktuell, in der Bildungspolitik Themen zu besetzen und Einfluss zu gewinnen. Aufsehen erregten AfD-Onlineportale, die Schüler*innen aufriefen, Lehrkräfte zu denunzieren. Im März dieses Jahres griff die Hamburger AfD direkt an, indem sie Lehrkräfte und Schulleitung der Ida Ehre Schule verfassungsfeindlicher linksextremistischer Aktivitäten beschuldigte.[2] Vor dem Hintergrund deiner Studie: Welche Formen der Ab- und Gegenwehr hältst du für wichtig? Siehst du historische Parallelen?

Denunziationen, Hetze und das bewusste Einsetzen von Lügen zur gesellschaftlichen Einflussnahme sind Mittel, derer sich auch die Nazis bedienten. Von daher ist hier durchaus eine Parallele zum Vorgehen der Nazis bei der Etablierung ihrer Macht am Ende der Weimarer Republik zu sehen. In diesem Sinne wäre Aufklärung über diese wirksamen Methoden ein wichtiger Schritt sich dagegen zu wappnen. Hier wäre auch die Frage zu stellen, vor welchem Hintergrund es der AfD gelingt, mit Begriffen wie Linksextremismus aufzuschrecken, wenn Antifaschismus diffamiert und als illegitim dargestellt werden soll.

Ich habe den Eindruck, das Wissen um die Indoktrination und Manipulation durch die Lehrkräfte in der NS-Zeit und die fehlende Auseinandersetzung mit diesem Grundproblem von Pädagogik hat zu der Hemmung geführt, sich überhaupt politisch zu positionieren, so als würde dies eine vermeintliche Neutralität verletzen. In der Konsequenz verhindert dies auch, dass man sich mit den Angegriffenen solidarisiert, was aber ein sehr wichtiger Aspekt der Gegenwehr ist. In diese Kerbe schlug auch die AfD mit ihrem Denunziationsaufruf. Im Gegenteil muss es gerade darum gehen, gesellschaftlich einen Standpunkt zu beziehen, es nicht hinzunehmen und sich gemeinsam und solidarisch gegen derartige Einschüchterungsmaßnahmen zu wehren, auch wenn erstmal nicht die eigene Person davon betroffen sein sollte.

Saskia, wir danken dir für das Gespräch. Viel Erfolg für deine weitere Arbeit.

1 Die politische Zeitschrift hieß ab 1929 zunächst »Nationalsozialistische Lehrerzeitung« (NSLZ), ab Juli 1933 dann »Reichszeitung der Deutschen Erzieher« (RZDE) und ab April 1938 bis 1945 »Der Deutsche Erzieher« (DDE).

2 Vgl. gew-hamburg.de/themen/bildungspolitik/der-fall-ida-ehre sowie DDS 7-8/2019, S. 12

Saskia Müller, Benjamin Ortmeyer: Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945. Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft im Nationalsozialistischen Lehrerbund. Beltz Juventa (Weinheim und Basel) 2016. 160 Seiten. 19,95 Euro.

Langfassung des Interviews unter gew-bayern.de

Leser*innenbriefe ... Leser*innenbriefe ... Leser*innenbriefe ...

zur DDS 7-8/2019 »Politische Bildung für politisches Handeln«:

Mit der letzten DDS vom Juli/August 2019 habt ihr das richtige Thema zum richtigen Zeitpunkt aufgegriffen: »Politische Bildung für politisches Handeln«!

Besonders der Leitartikel von Fritz Reheis »›Engste Verbindung zwischen Gelehrtem und Gelebtem‹. Zur Geschichte der Politischen Bildung seit 1945« ist sehr hervorzuheben.

In der DDS-Ausgabe wird auch auf die Frankfurter Erklärung eingegangen. Leider nicht auf die »Hofgeismarer Erklärung«, die im Rahmen einer von der GEW initiierten Fachtagung »Wann, wenn nicht jetzt?« (vgl. E&W 04/2019, S. 22) von 100 Wissenschaftler*innen, Didaktiker*innen der politischen Bildung und von Vertreter*innen aus Ministerien sowie Stiftungen initiiert wurde. Die »Hofgeismarer Erklärung« ist eine weiter ausdifferenzierte Fortführung der Frankfurter Erklärung. Sie richtet den Blick auf die spezifischen Herausforderungen und Bedarfe an den unterschiedlichen Schulformen. Viele der Initiator*innen der Frankfurter Erklärung waren in Hofgeismar anwesend und haben aktiv an ihr mitgearbeitet.

Die von der AfD initiierten Beschwerdeportale für Schüler*innen und Eltern, in denen diese aufgefordert werden, vermeintliche Verstöße gegen das für Lehrer*innen angeblich geltende »Neutralitätsgebot« – auch anonym – zu melden, führte zu erheblicher Unruhe unter Kolleginnen und Kollegen. Wir haben an der Berufsschule für Einzelhandel in München Mitte die Ängste und Sorgen und die Verunsicherung im Kollegium in einer pädagogischen Konferenz aufgegriffen und mit allen Kolleg*innen thematisiert. Demokratie lernen ist eine Aufgabe der gesamten Schule.

Zudem sind an »Kaufmännischen« Berufsschulen in Bayern alle Lehrer*innen verpflichtet, »Sozialkunde« zu unterrichten. Die Fakultas und eine fachdidaktische Ausbildung für politische Bildung sind an diesen Schulen bei viel zu wenigen Kolleg*innen vorhanden. Natürlich erhöht dies die Verunsicherung in hohem Maße.

Hinzu kommt, dass der bestehende Lehrplan für Sozialkunde an Beruflichen Schulen ausläuft und der schon längst überfällige neue Lehrplan nicht in Sicht ist. Dafür gibt es allerdings ein neues »Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen«, das die politische Bildung als Unterrichtsprinzip verankert. Das ist sehr zu begrüßen. Doch wie soll dies konkret unter den schulischen Alltagsbedingungen umgesetzt werden? Wo bleibt die konkrete Unterstützung bei der Umsetzung?

Wir haben an unserer Schule eine schulinterne Fortbildung im Sinne der »Hofgeismarer Erklärung« durchgeführt und in Arbeitsgruppen Beispiele bearbeitet, wie das »Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen« umgesetzt werden kann.

Ich wünsche mir, diese Debatte in der DDS, in der GEW und an unseren Schulen weiter voranzubringen!

von Rolf Staudt, Lehrer für Wirtschaft und Politik

Download zum »Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen«: www.isb.bayern.de

Download zur »Hofgeismarer Erklärung: Wann, wenn nicht jetzt? Erklärung zur Politischen Bildung in den Schulen. Ergebnisse einer Grundsatztagung der Universität Kassel und der Evangelischen Akademie Hofgeismar im Oktober 2018«: www.uni-kassel.de

Selbst die T-Shirts der Eltern und Beschäftigten fordern einen Tarifvertrag und verweisen auf die Webseite www.einfachnö.de.

Behindertenhilfe in Coburg

Beschäftigte fordern Tarifverhandlungen

Die Beschäftigten des bisherigen Trägervereins »Hilfe für das behinderte Kind Coburg e. V.« kämpfen für mehr Geld, für bessere Arbeitsbedingungen und eine Interessenvertretung in Form eines Betriebsrats. Nach der Übernahme des Vereins durch die Wefa GmbH Coburg, einem kirchlichen Träger, drohen in allen drei Bereichen Verschlechterungen. »Nicht mit uns«, sagen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ihre Forderungen sind klar und deutlich: »Keine Zweiklassengesellschaft!« und »TVöD für alle Beschäftigten!« Seit Monaten bereiten sie sich auf große Tarifverhandlungen, die im Herbst mit dem Arbeitgeber beginnen sollen, vor. Die Reihen der Mitarbeiter*innen sind fest geschlossen. Sie sind sehr gut organisiert und werden von GEW und ver.di unterstützt. Der Herbst kann also kommen, durchaus auch als »heißer Herbst«.

Drohende Insolvenz führte zu neuen Mehrheiten

Nur durch die Hereinnahme eines neuen Hauptgesellschafters konnte der bisherige Trägerverein »Hilfe für das behinderte Kind Coburg e. V.« 2018 eine drohende Insolvenz abwenden. Über Jahre war es dem Elternverein nicht gelungen, kostendeckende Leistungsentgelte mit der Sozialverwaltung beim Bezirk Oberfranken zu erzielen und eine schwarze Null zu schreiben. Über 250 Kinder mit Behinderungen waren von der Schieflage betroffen. Sämtliche Einrichtungen des Vereins, insgesamt drei gemeinnützige GmbHs, wurden schließlich ohne öffentliche Diskussion völlig überraschend an den neuen Hauptgesellschafter, die Wefa GmbH in Coburg, übergeben.

Dies führte zu viel Unmut, da sich der Verein damit aufgrund seiner jetzigen Minderheitenrolle als Vertreter und Fürsprecher der Mitarbeiter*innen verabschiedete. Von den ursprünglich über 200 Mitarbeiter*innen (Eigenbetriebe und Gesellschaften) sind dem Verein zum September 2018 nur noch zwei Mitarbeitende in einer Beratungsstelle geblieben. Auch der Vorstand ist nur noch mit drei anstelle von fünf aktiven Personen besetzt. Dieser Aderlass hinterlässt beim Traditionsverein, der 1964 von Eltern gegründet wurde

und seitdem maßgeblich die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Coburg prägte und bestimmte, deutliche Spuren.

Fehler in der Vergangenheit

Vorausgegangen war ein rund zehn Jahre dauernder Niedergang. Ein Faktor dabei war sicherlich die verschleppte Strukturdiskussion, die zwar über die Vereinsmitglieder lange eingefordert, aber in wesentlichen Punkten nicht umgesetzt wurde. Notwendige Entwicklungen und Veränderungen im Zuschnitt des Vereins wurden verpasst. Viel zu lange war Stillstand das Motto der Vereinsarbeit.

Zuletzt bezahlte der Träger nach Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD), allerdings mit Stand von 2014. Diese miserable Bezahlung der Beschäftigten ließ viele abwandern. Mit dem Weggang langjährig und vorbildlich arbeitender Erzieher*innen, Pfleger*innen und Therapeut*innen beschleunigte sich auch der inhaltliche Zerfall. Sehenden Auges schlitterten die Einrichtungen in eine nicht mehr aufzuhaltende Schieflage. Nur durch den Verkauf der Mehrheitsanteile an die Wefa GmbH konnten sie vordergründig gerettet werden.

Mitarbeiter*innen kämpfen für ihre Rechte

Die Wefa GmbH hält nun seit 1. September 2018 insgesamt 51 Prozent der Anteile. Die Mitarbeitenden in den Einrichtungen sind seit vielen Monaten aktiv, um dem Minderheitengesellschafter (Verein Hilfe für das behinderte Kind Coburg) und dem neuem Hauptgesellschafter (Wefa GmbH Coburg) zu verdeutlichen, dass soziale Arbeit ihren Wert hat und haben muss. Die Kolleginnen und Kollegen fordern eine Bezahlung nach TVöD und machen durch Aktionen darauf aufmerksam: So wurden mehrere »geschmückte« Fahrräder zentral in Coburgs Innenstadt abgestellt. Verziert sind die Drahtesel mit Sprüchen der Beschäftigten, die die Forderungen unterstreichen, und mit dem Hinweis auf die Internetseite www.einfachnö.de. (siehe das nebenstehende Foto) Darüber hinaus wurden im gesamten Stadtgebiet Postkarten mit den Forderungen »Soziale Arbeit ist mehr wert« und »Ich bin gerne Erzieherin – möchte aber auch davon leben können« verteilt.

Eltern solidarisieren sich

Inzwischen sind auch die Eltern der Kinder, die in der Schule, in der heilpädagogischen Tagesstätte und über die Therapie gefördert werden, über eine tariflichen Forderungen der Beschäftigten informiert. Eine Welle der Sympathie setzte ein: Eltern und Mitarbeiter*innen tragen auf Festen der Einrichtungen T-Shirts mit der gemeinsamen Forderung »Tarifvertrag jetzt!«. Die Eltern wissen nur allzu gut, dass gutes Personal nur über ein ordentliches Gehalt zu finden ist. Deshalb erklärten sie sich mit den Forderungen der Mitarbeiter*innen und der beiden Gewerkschaften solidarisch. »Gemeinsam werden wir etwas bewegen können«, strahlt die Vorsitzende des Elternbeirats. Weitere Aktionen mit den Mitarbeiter*innen und Eltern sind geplant.

Aktuelle Lage vor den Verhandlungen

Das Pikante an der Forderung nach Bezahlung nach TVöD ist, dass der neue Hauptgesellschafter, die Wefa GmbH, dem Diakonischen Werk angehört. Vonseiten der Geschäftsführung gibt es bislang keine eindeutigen Verlautbarungen, welchen Weg die drei GmbHs einschlagen werden. Dabei sind die Unterschiede bei den Entgelten zwischen AVR Bayern und dem TVöD überdeutlich. Nach Berechnungen der GEW verdient ein*e Erzieher*in nach AVR im Laufe von 40 Berufsjahren etwa 172.000 Euro weniger als nach TVöD. Bei sogenannten »pädagogischen Hilfskräften« sind es gar 258.000 Euro. Auch ist in kirchlichen Betrieben die Interessenvertretung der Mitarbeiter*innen »weichgespült«. Es bestehen lediglich kirchenrechtliche »Mitarbeitervertretungen«, keine Betriebsräte. Die »Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaften und Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen im diakonischen Bereich« erinnert aktuell daran, dass das Betriebsverfassungsgesetz auch deswegen nicht in kirchlichen Betrieben gilt, weil die Kirchen vor 70 Jahren versprochen haben, bessere Regelungen zu schaffen. »Dieses Versprechen haben die Kirchen bis heute nicht eingelöst.«[1]

Die Sozialverwaltung beim Bezirk Oberfranken äußerte sich mittlerweile. Sie ist bereit, den TVöD für all diejenigen Mitarbeiter*innen zu refinanzieren, die über Leistungsentgelte – früher Pflegesätze – in den Schulen und heilpädagogischen Tagesstätten finanziert sind.

Mittlerweile haben GEW und ver.di eine Tarifkommission gebildet. Erste Terminvorschläge für Sondierungsgespräche wurden im Juli 2019 an den Geschäftsführer der Wefa GmbH geschickt. Streiks sind zwar das letzte Mittel in Tarifauseinandersetzungen, werden aber von den Beschäftigten nicht ausgeschlossen. Auch die Coburger Politik wird sich mit den Forderungen der über 200 Beschäftigten auseinandersetzen müssen. Als »Wirtschaftsfaktor« der Stadt wird sich jede in Coburgs Stadtrat vertretene Partei gegenüber den tariflichen Forderungen der Beschäftigten positionieren müssen.

Wer sich über Aktuelles informieren möchte, findet auf www.einfachnö.de viele Informationen.

Der*die Autor*in ist der Redaktion bekannt

1 »Die evangelische Kirche und ihre Diakonie haben kein Selbstbestimmungsrecht«; ag-mav.org. In der Weimarer Republik fielen die Kirchen noch unter das Betriebsrätegesetz, 1952 wurden sie auf Drängen der Kirchen im neuen Betriebsverfassungsgesetz ausgenommen.

GEW trifft bildungspolitische Vertreter*innen der SPD-Landtagsfraktion

Am 11. Juli traf sich eine GEW-Delegation mit den bildungspolitischen Vertreter*innen der SPD-Landtagsfraktion im bayerischen Landtag, um ins Gespräch zu kommen und bildungspolitische Grundpositionen auszutauschen. In dem etwas über eine Stunde andauernden Gespräch ging es unter anderem um die katastrophale Personalsituation an den Grund-, Mittel- und Förderschulen Bayerns und um die zunehmende Arbeitsbelastung und -verdichtung, auch an Gymnasien und Realschulen. Weitere Themen waren die von der GEW geforderte Eingangsbesoldung A 13 auch für Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen, das Beenden des Befristungsunwesens, der Ganztag und die Digitalisierung. Breiteren Raum nahmen im Dialog die sich verschärfenden Arbeitsbedingungen an den Kitas, besonders in den Ballungsräumen, ein. Ebenso ging es in dem Treffen um die bevorstehende Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst und um das sogenannte Gute-Kita-Gesetz.

Bei dem intensiven Gedankenaustausch zeigte sich, dass SPD und GEW in vielen Positionen übereinstimmen. Davon ausgehend war man sich einig, die Gespräche zu einzelnen Themen in weiteren Runden zu vertiefen und in Sachfragen intensiver zu kommunizieren bzw. enger miteinander zu kooperieren.

von Mathias Sachs

Zum bildungspolitischen Austausch trafen sich im bayerischen Landtag (v. l. n. r.): Vordere Reihe: Margit Wild (MdL, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus), Bernhard Baudler (GEW), Dr. Simone Strohmayr (MdL, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, Mitglied im Landesbeirat für Erwachsenenbildung), Doris Rauscher (MdL, sozial-, familien- und seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie), Anna Seliger (GEW) Hintere Reihe: Anton Salzbrunn, Gerd Schnellinger, Johannes Schiller, Ruth Brenner, Gabriele Albrecht-Thum und Mathias Sachs (GEW)

Münchner SPD-Stadtratsfraktion lädt Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte ein

Beim Empfang der SPD-Stadtratsfraktion (v. l. n. r.): Verena Dietl (SPD-Stadtratsfraktion München), Michael Hatala, Mathias Sachs und Anna Seliger (GEW München)

Die SPD-Stadtratsfraktion lud für den 27. Juni 2019 die Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte zu einem Empfang in die »Grützznerstube« in München ein. Der Einladung der SPD-Stadträt*innen Simone Burger (DGB-Kreisverbandsvorsitzende) und Horst Lischka (erster Bevollmächtigter der IG Metall München) folgten vonseiten der GEW München Anna Seliger, Michael Hatala und ich.

Zunächst berichteten Simone Burger und Horst Lischka aus der Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion und welche Herausforderungen die Landeshauptstadt München durch das Bevölkerungswachstum zu meistern hat. Dabei standen der Ausbau des ÖPNV und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums im Mittelpunkt.

Anschließend berichteten die anwesenden Vertreter*innen aus den verschiedenen Betriebsräten (z. B. BMW, DHL, MVV), den städtischen Personalräten und den Einzelgewerkschaften von ihrer Arbeit und mit welchen Problemen und Fragen sie derzeit befasst sind.

Wir von der GEW München, Anna Seliger, Michael Hatala und ich, kamen bei dem Treffen auch mit anderen anwesenden SPD-Stadträt*innen wie Alexander Reissl, Bettina Messinger, Jens Röver und Verena Dietl, aber auch mit ver.di-Kolleg*innen aus den städtischen Personalräten wie Klaus Augustin und Roland Groß ins Gespräch. Dabei sagte uns der SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Reissl zu, dass die SPD auch mit den Einzelgewerkschaften im DGB in bilaterale Gespräche eintreten will, um den Austausch zu intensivieren.

Besonderes Interesse an der aktuellen Situation in den Kitas und städtischen Schulen sowie an den laufenden Tarifverhandlungen zur Eingruppierung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte bei den Kommunen zeigte Verena Dietl, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin im Sportausschuss sowie stellvertretende Sprecherin im Kinder- und Jugendhilfeausschuss.

von Mathias Sachs
Sprecher im GEW-Stadtverband München
Vorstandsmitglied im Gesamtpersonalrat der LHM

Landesfachgruppe Realschulen fasst heiße Eisen an

Am 1. Juni 2019 kam die Landesfachgruppe Realschulen (LFG RS) zu ihrem halbjährlichen Treffen in Nürnberg zusammen, um zahlreiche Themen zu behandeln. So diskutierten wir z. B. das Thema Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die Schule. Die LFG RS sieht die derzeitige Euphorie über die Digitalisierung äußerst kritisch, weil eine diesbezügliche didaktische und pädagogische Abwägung sowie Qualifikation der Lehrkräfte bisher fehlen.

Beim Treffen der Landesfachgruppe Realschulen waren dabei (v. l. n. r.): Reinhard Meringer (Hof), Martina Borgendale (Nürnberg), Mathias Sachs (München), Irmgard Freihoffer (Regensburg), Heinz Maier (Weißenburg)

Die Folgen des expansiven Einsatzes digitaler Medien auf Schüler*innen, ihre psychische und physische Entwicklung, sind für die Mitglieder der LFG RS noch nicht absehbar. Aus Sicht der Fachgruppe fehlt ein Gesamtkonzept, wie mit der Digitalisierung an Schulen umgegangen werden soll. Die Anschaffung der Hardware allein genügt nicht.

Anschließend beschäftigten wir uns mit dem Teilzeiturteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 16. Juni 2015. Dazu fanden bereits erste Gespräche mit Bildungsexpert*innen aus den Fraktionen im Landtag und mit dem Kultusminister statt. Dabei stellten wir fest, dass der Inhalt des Teilzeiturteils noch nicht ausreichend bekannt ist. Die Fachgruppe beschloss deshalb, alle Fraktionen im Landtag anzuschreiben und mit den Positionen und Forderungen der GEW vertraut zu machen. Die Kolleg*innen der Fachgruppe hoffen zudem, dass das Urteil des europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Arbeitszeiterfassung hier positive Impulse setzen könnte.

Neben der Arbeitszeit stand auch die GEW-Forderung nach einem »guten Ganztag« auf unserem Programm. Ganztagsunterricht, der mit Arbeitsverdichtung und Arbeitszeitausweitung für die Beschäftigten verbunden ist, kann für die Mitglieder der LFG RS nicht gleichzeitig Ausdruck für eine gute Ganztagsschule sein.

Für die LFG sind Konzepte ohne Augenmaß, die auf alle Schulen bzw. Schularten ausgeweitet werden und in »zwangsverordnetem« gebundenem Ganztag gipfeln, ohne sich an den tatsächlichen Bedarfen und Bedürfnissen aller Beteiligten (Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften) zu orientieren, nicht hinnehmbar. Deshalb regt die Fachgruppe auch ein Treffen zum Thema Ganztag mit Teilnehmer*innen aus den schulischen Fachgruppen und dem sozialpädagogischen Bereich an.

Nach Ansicht der Fachgruppe muss zudem der Arbeits- und Gesundheitsschutz an den Schulen mit mehr Nachdruck verfolgt werden. Die gesetzlich geforderte physische und psychische Gefährdungsbeurteilung, die nach Wahrnehmung der Fachgruppenmitglieder nur an sehr wenigen Schulen im Freistaat Bayern vorliegt, muss stärker in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt werden.

Neben den »heißen Eisen« diskutierten wir auch über unsere eigene Struktur, um mehr GEW-Mitglieder zur aktiven Mitarbeit zu bewegen. Angedacht wurden z. B. thematische Veranstaltungen und Fortbildungsangebote speziell für Realschullehrkräfte oder für den Bereich Schule.

Um den Austausch mit der Bundesfachgruppe Realschulen zu verstärken, beschlossen wir, Reinhard Meringer aus Hof als Vertreter für dieses Gremium zu benennen. Auch wenn Kollege Meringer bereits im Ruhestand ist, waren wir uns einig, dass er zurzeit aufgrund seiner Berufserfahrung, seiner Vernetzung und seiner Zeitressourcen am besten dafür geeignet ist. Um aber auch einen Generationenwechsel vorzubereiten, wurde beschlossen, mich, Mathias Sachs aus dem Stadtverband München, als seinen Vertreter zu benennen.

Alle Realschulkolleg*innen, die gerne am nächsten Treffen teilnehmen möchten, sind herzlich eingeladen. Mit Fragen und Themenvorschlägen könnt ihr euch schon jetzt an mich, Martina Borgendale (Landesfachgruppenvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende), wenden.

von Martina Borgendale und **Mathias Sachs**

Kontakt: martina.borgendale@gew-bayern.de, SachsMathias@aol.com

Anzeige

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de

Anzeige

schulfahrt.de
Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

Klassen-Abschlussfahrt ... wir machen das!

Günstig und direkt buchen, viele **Superspartermine**, Freiplätze nach Wunsch

z. B. **Prag**
5 Tage inkl. Programm mit Ausflug Theresienstadt
ab **149,– €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Jetzt anrufen:
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

GEW-Kreisverband Erding wählt neue Vorsitzende

Seit einigen Jahren schon fühle ich mich sehr wohl im GEW-Kreisverband Erding. Beim monatlichen Stammtisch treffen sich immer erfahrene GEWler*innen, die sich über aktuelle Themen austauschen. Zudem arbeite ich bei der Geschichtswerkstatt Dorfen mit, die Mitglieder des Kreisverbandes (KV) Erding ins Leben riefen und die schon viele interessante, überaus gut besuchte Veranstaltungen durchführte. Eine sehr bereichernde Arbeit!

Der Anspruch im Kreisverband ist, dass Vorsitzende*r nur beruflich aktive Kolleg*innen sein sollten. Nachdem unser bisheriger Vorsitzender Paul Horn nächstes Jahr in Pension geht und ich eine der wenigen im aktiven Kreis der GEW Erding bin, die noch einige Dienstjahre vor sich haben, kam ich nicht umhin, mir Gedanken darüber zu machen, ob dies eine Aufgabe für mich sein könnte. Schnell wurde mir klar, dass ich mir gut vorstellen kann mitzugestalten, vor allem im Kreis eines routinierten, erfahrenen Vorstands in Person von Michael Bibl, Peter Caspari, Hans Elas und Schorsch Wiesmaier.

Am 23. Mai 2019 fand nun in Erding eine Mitgliederversammlung mit Neuwahlen statt. Zunächst kamen wir in den Genuss eines hervorragenden Vortrags von Dr. Fred Schell über »Bildung in der digitalen Gesellschaft«, in dem der Referent über Chancen, aber auch Risiken der Digitalisierung sprach. Verschiedene Aspekte von Medienkompetenz als Bildungsziel wurden umrissen und diskutiert.

Anschließend gab Paul Horn einen Rückblick auf seine Amtszeit und wurde verabschiedet. Ohne Gegenkandidat*innen wurde ich danach zur Vorsitzenden gewählt. Als Spätstudierende und -einsteigerin in den Lehrer*innenberuf bin ich seit vierzehn Jahren an der Mittelschule Dorfen tätig. Dort unterrichte ich seit vielen Jahren vor allem die fünften und sechsten Klassen im gebundenen Ganztag. Im letzten Schuljahr wurde an unserer Schule ein AsA-Team (Alternatives schulisches Angebot) installiert, dem ich angehöre. Wir betreuen und begleiten Schüler*innen, die Unterstützung benötigen, vor allem im emotional-sozialen Bereich. Zudem beschäftigen wir uns mit der Weiterentwicklung unserer Schule. Inklusion ist dabei ein großes Thema, dem ich positiv, aber kritisch gegenüberstehe. Zu viele Fragen sind hier noch nicht hinreichend beantwortet.

Als Vorsitzende des KV Erding ist es mir auch ein Anliegen, die schwierige Situation der Fachlehrer*innen zu beleuchten. Außerdem hoffe ich, dass es mir gelingt, Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen verstärkt anzusprechen. Auch in diesem Bereich und unter kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft werden Arbeitsprozesse immer mehr verdichtet. Ein weiteres neues Aufgabenfeld ergibt sich für mich ab nächstem Schuljahr, in dem ich Jutta Fellner-Senser als sogenannte Nachrückerin im Personalrat nachfolge.

von Heidi Oberhofer-Franz

Der Vorstand des GEW-Kreisverbandes Erding, Hans Elas (erster von links), Peter Caspari (zweiter von links) sowie Schorsch Wiesmaier (rechts), dankten dem ehemaligen Vorsitzenden Paul Horn (zweiter von rechts) und begrüßten die neue Vorsitzende Heidi Oberhofer-Franz (Mitte).

Was machen GEW-Gremien auf Landesebene?

Wer deren Aufgaben kennenlernen und kommentieren möchte, ist herzlich dazu eingeladen. Die AG Struktur hat von der letzten Landesvertreter*innenversammlung (LVV) den Auftrag erhalten, eine Übersicht zu den Aufgaben der GEW-Gremien zu erarbeiten. Diese ist nun im Mitgliederbereich der GEW (siehe Kasten unten) veröffentlicht, damit sich jede*r Kolleg*in an der Diskussion darüber beteiligen kann. Die Übersicht kannst du auch bei deinem Kreisvorstand erhalten.

Die Ziele der AG Struktur, die im Rahmen eines bundesweiten GEW-Projekts zur Organisationsentwicklung arbeitet, sind:

1. Größtmögliche Transparenz bezüglich der Aufgaben der GEW-Gremien
2. Klar strukturierte Zuständigkeiten
3. Dadurch mehr Zeit für die Durchsetzung unserer bildungs- und gewerkschaftspolitischen Ziele

Deine Vorstellungen zu unserem Vorschlag, deine Änderungswünsche, dein Lob und deine Kritik kannst du in deinen Kreis- und/oder Bezirksvorstand einbringen und auch sehr gerne bis zum 20.10. an die AG Struktur (gewstruk@lists.gew.bayern) schreiben.

Per Post erreichst du uns über Dorothea Weniger, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München.

Die Ergebnisse werden im Landesausschuss und bei der LVV diskutiert.

Wir freuen uns auf deinen Kommentar.

von Andrea Steierer, Doro Weniger, Ernst Wilhelm, Harald Morawietz, Jörn Bülck, Marian Janka, Katharina Servatius, Kathrin Frieser, Wolfgang Nördlinger
AG Struktur

So erreichst du auf gew.de den Mitgliederbereich

Um den Mitgliederbereich der GEW Bayern zu erreichen, muss man auf gew.de (»Meine GEW«) ein Benutzerkonto anlegen. Dafür ist eine einmalige Registrierung notwendig, zu der die Mitgliedsnummer zur Hand sein muss.
Sobald du angemeldet bist, kannst du im Ordner »AG Struktur« das Dokument diskussion_gremienzustaendigkeit.pdf herunterladen.

Mit diesen Meldungen wandte sich die GEW seit Juni 2019 an die Presse

- Bildungsgewerkschaft GEW: Lehrer*innenarbeitslosigkeit in den Sommerferien auch im Freistaat beenden! – PM 14 v. 4.6.2019
- Die Bildungsgewerkschaft GEW Bayern: Vorschläge zum dramatischen Lehrkräftemangel an Grund-, Mittel- und Förderschulen – PM 15 v. 18.7.2019
- Die Bildungsgewerkschaft GEW Bayern: Dramatischer Lehrkräftemangel – Es muss sich was tun, sonst bricht das System Schule endgültig zusammen! – PM 16 v. 24.7.2019
- Bildungsgewerkschaft GEW Bayern: Für Unterrichtsqualität und Gesundheit der Lehrkräfte in Bayern ist eine ganze Reihe von Sofortmaßnahmen für Grund-, Mittel- und Förderschulen notwendig – PM 17 v. 30.7.2019

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

Ausschreibung für den AMYNA-Präventionspreis 2020

Der AMYNA-Präventionspreis (Preisgeld: 3.000 EUR) wird seit 2017 an Projekte, Einrichtungen und Dienste in ganz Bayern verliehen, die sich in der Prävention von sexueller Gewalt in besonderer Weise engagieren und hervortun. Voraussetzung dafür ist die Kooperation mit einer externen Fachstelle – diese wird als »nominierende« bzw. empfehlende Einrichtung geführt, um die fachliche Qualität zu gewährleisten. In diesem Jahr lautet das Schwerpunktthema: »Gelingende Sexualpädagogik in der Kita«. Nominiert werden dürfen Kindertagesstätten, die ein umfassendes sexualpädagogisches Konzept unter Berücksichtigung aller Beteiligten (Kinder, Eltern, Mitarbeitende) in ihrer Einrichtung verankert haben und dies in ihrem pädagogischen Alltag gelingend umsetzen. Der Einsendeschluss für den aktuellen Präventionspreis ist der 4. November 2019. Im November wird der bzw. die aktuelle Preisträger*in beschlossen, die Verleihung findet am 14. Mai 2020 statt.
Weitere Infos:
amyna.de/wp/praeventionspreis

#read! – Lesen im digitalen Wandel

Das Herbstseminar des Arbeitskreises für Jugendliteratur vom 29. November bis 1. Dezember 2019 in Würzburg stellt sich diesen Entwicklungen. Seminarleiterin Prof. Dr. Julia Knopf (Universität Saarbrücken) diskutiert mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Schule, Bibliothek und Verlag die Auswirkungen einer veränderten Leseumgebung auf die Leseförderung und auf die Literaturvermittlung.
Flankiert wird das Seminar von einer interaktiven Ausstellung mit digitalen Leseangeboten. An Beispielen aus der Praxis wird gezeigt, wie digitale Angebote die Lese- und die literarischen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen fördern können. Dabei geht es auch um Qualitätskriterien sowie um die außerschulische Verzahnung digitaler und analoger Leseangebote. Das Seminar richtet sich auch an Pädagog*innen und Vermittler*innen von Kinder- und Jugendliteratur.
Infos zu Programm, Kosten und Anmeldung:
jugendliteratur.org/read

Joachim Wieland: Was man sagen darf: Mythos Neutralität in Schule und Unterricht

Aktuell wird intensiv über Meinungsäußerungen in der Schule diskutiert. Was fällt unter das Grundrecht der Meinungsfreiheit? Was ist durch die freiheitlich-demokratische Grundordnung dagegen nicht mehr abgedeckt? Bei welchen Äußerungen muss, wann sollte die Lehrkraft eingreifen? Prof. Dr. Joachim Wieland, Verfassungsrechtler, erläutert den rechtlichen Rahmen politischer Äußerungen in der Schule und diskutiert dabei auch zahlreiche Fallbeispiele, wie sie im Unterricht oder auf dem Schulhof vorkommen könnten.
Das Hintergrundpapier zu »Politische Bildung in der Schule« erschien im April 2019 im »Netzwerk Bildung« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Download:
fes.de

Dies & Das

Reckahner Reflexionen zur Ethik pädagogischer Beziehungen

Die »Reckahner Reflexionen« sollen dazu beitragen, pädagogische Beziehungen menschenwürdig zu gestalten. Kern der Reflexionen ist eine freiwillige Selbstverpflichtung, bestehend aus zehn Leitlinien, die ethische Orientierungen für den Alltag in schulischen, früh- und sozialpädagogischen Feldern formulieren. Kinder- und weitere Menschenrechte stellen dabei den normativen Orientierungsrahmen. Die Reckahner Reflexionen richten sich an alle Pädagog*innen, unabhängig von Bildungsstufe, -institution, -richtung und -konzeption. Ziel des Manifests ist die Stärkung anerkennender und die Verminderung verletzender Handlungsweisen in schulischen und außerschulischen Arbeitsfeldern.
Download:
institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen

Regenbogenportal ist online

Das Wissensnetz zu gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und geschlechtlicher Vielfalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist ein breit gefächertes Nachschlagewerk zur LSBTI*-Themenwelt und liefert verlässliche und aktuelle Informationen zu Bereichen wie Bildung, Recht, Gesundheit oder Familie. Es richtet sich an alle Interessierten, die sich beruflich oder privat mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und geschlechtlicher Vielfalt befassen möchten. Fachkräfte aus dem Bildungswesen, aus Medizin und Forschung oder der Wirtschaft finden auf den Onlineseiten zahlreiche anwendungsorientierte Materialien und Hintergrundartikel für die berufliche Praxis.
Jeder Mensch ist anders. Nach diesem Motto können Nutzer*innen die Artikel und Materialsammlung des Portals durchsuchen. Aktuell sind im Portal zudem rund 300 Anlaufstellen für Beratung und zur Vernetzung mit verschiedenen LSBTI*-Communitys zu finden.
Viel Spaß beim Stöbern:
regenbogenportal.de

Baustein 7: Antimuslimischer Populismus

Antimuslimischer Populismus ist der Treibstoff des Rechtspopulismus in Deutschland und Europa. Der Islam dient dabei als Projektionsfläche für Feindbildkonstruktionen, die bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Wirkung entfalten. Sie sind Ausdruck einer neuen Form des Rassismus, in der die tatsächliche oder auch nur zugeschriebene religiöse Zugehörigkeit ethnisiert wird.
In dem neuen Baustein »Antimuslimischer Populismus. Rechter Rassismus in neuem Gewand«, der bei »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« erschienen ist, stellt der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler zentrale Merkmale und aktuelle Ausdrucksformen des antimuslimischen Populismus dar.
Im Courage-Shop gibt es den Baustein für 2,95 EUR. PDF-Download:
schule-ohne-rassismus.org

Grenzenloser Spaß? Was Kinder lustig finden

Kinder lachen gerne und viel. Warum sie bei manchen Zeichentrickserien oder YouTube-Clips lachen, können Eltern und pädagogische Fachkräfte nicht immer nachvollziehen. Was Kinder im TV und im Internet lustig finden und an welchen Stellen für sie der Spaß aufhört, wollte FLIMMO genauer wissen und hat dazu 8- bis 13-Jährige befragt.
Ein Ergebnis: Worüber Mädchen und Jungen lachen, hängt sehr vom Alter ab: Kindergartenkinder können sich schon über ein komisches Geräusch oder eine witzige Tierfigur köstlich amüsieren. Im Grundschulalter kommen neben Slapstickeinlagen auch Sprachwitz oder Wortspiele gut an. Respektlose Sprüche, Gags und Streiche sorgen bei Teenager*innen für Lacher. Besonders YouTuber*innen mit ihrem oft eigenen Humor treffen da ins Schwarze. Doch mit zunehmender Beliebtheit von Social-Media-Plattformen kann aus Lachen schnell Auslachen werden. Bei Clips, die Schadenfreude wecken, fragwürdigen Streichen und gefährlichen Mutproben geht der Spaß oft auf Kosten anderer. Und das finden viele Kinder gar nicht mehr lustig.
Komplette Broschüre als PDF:
flimmo.tv

Argumentationskarten: »Flucht und Asyl«

Nimmt uns irgendwer die Arbeitsplätze weg? Nein. Die DGB-Jugend bietet Fakten und Argumentationshilfen gegen Vorurteile zu Geflüchteten. Ob in (Berufs-)Schule, auf der Arbeit, in sozialen Medien oder beim gemeinsamen Abendessen in der Familie: Überall begegnen wir Vorurteilen, Halbwahrheiten und Behauptungen bezüglich der Auseinandersetzungen rund um die Aufnahme von Geflüchteten und Schutzsuchenden. Mit den aufwendig gestalteten Argumentationskarten »Flucht und Asyl« der DGB-Jugend werden die gängigsten Behauptungen und Vorurteile aufgegriffen und entkräftet.
Download:
jugend.dgb.de/-/aGj

Tarifkonflikte in den Medien

Bei Tarifkonflikten, die in der Öffentlichkeit spürbar sind, vermitteln etliche Zeitungen den Eindruck, dass die öffentliche Ordnung gestört wird. Zudem bewerten viele Journalist*innen die Angebote der Arbeitgeberseite tendenziell wohlwollender als die Forderungen der Gewerkschaften. Zu diesen Schlüssen kommt eine aktuelle Studie im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung. Die Kommunikationswissenschaftler*innen Christina Köhler und Pablo Jost stellen fest, dass sich Medien vor allem auf solche Tarifkonflikte konzentrieren, die für viele Menschen im Alltag eine Rolle spielen, etwa bei den Kita-, Post- oder Pilotenstreiks. »Ist das der Fall, wird kontrovers diskutiert und problematisiert«, so die Autor*innen. In der Berichterstattung werde zudem der Eindruck erweckt, es sei Angelegenheit der Gewerkschaften, den Streit beizulegen. Download der Studie »Tarifkonflikte in den Medien«:
otto-brenner-stiftung.de

Interessante GEW-Veranstaltungen ab September 2019

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Michael Mende in der GEW-Landesgeschäftsstelle: michael.mende@gew-bayern.de

20.-21.9.2019	**Reden müsste man können. Teil II**[1] Kommunikationsseminar für Frauen aus pädagogischen Berufen. Bei Interesse nach freien Plätzen fragen bei raul.vitzthum@gew.bayern. TN-Beitrag: 100 EUR, für GEW-Mitglieder 20 EUR.	Workshop der GEW Weiden-Neustadt-Tirschenreuth	**Waldsassen** Kloster Waldsassen Fr. 15.00 - Sa. 16.00 Uhr
21.-22.9.2019	**Gewaltfreie Kommunikation.**[1] Referentin: Elfi Göpfert, Lehrerin, Trainerin für gewaltfreie Kommunikation. TN-Beitrag: 100 EUR, für GEW-Mitglieder 20 EUR.	Zwei-Tages-Seminar	**Neumarkt i. d. Opf.** Hotel Schönblick Sa. 10.30 - So. 15.00 Uhr
22.-23.11.2019	**Mit Tanzen spielend lernen.** Mit Marija Milana, Trainerin für Selbstsicherheit und Kommunikation. TN-Beitrag: 100 EUR, für GEW-Mitglieder 20 EUR. Anmeldeschluss: 19.9.2019	Zwei-Tages-Seminar	**Nürnberg** Caritas-Pirckheimer-Haus Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
23.11.2019	**Film und Seminar über die Räterepubliken in Bayern 1918/19.** (in der Reihe BILDUNG ANDERS der GEW Mfr., Ufr., Ofr.)	Seminar Diskussion	**Erlangen** Gewerkschaftshaus 14.00 -17.00 Uhr
23.11.2019	**Rotes Bayern – Es lebe der Freistaat!** Die Wellbappn und Schauspieler bringen das prämierte Stück von H. u. S. Well (ehem. Biermösl-Blosn) auf die Bühne. Anmeldung bei GEW Mfr., Ufr., Ofr., Kartenbestellung www.gew-erlangen.de. Details in der nächsten DDS und auf GEW-Homepages.	Politisches Theater	**Erlangen** H.-Lades-Halle 19 Uhr

[1] Anmeldeschluss war bereits. Bei Interesse nach freien Plätzen fragen. Wenn Anmeldung nötig, falls nicht anders angegeben: GEW Bayern, Michael Mende, michael.mende@gew-bayern.de, Tel.: 089 54408118

Das Büro für Lebenserfahrung der GEW Nürnberg lädt zu einer Führung ein

Die Arisierung in Fürth

Stadtführer: Siegfried Imholz

Wann: Sonntag, 15. September 2019, 14.00 Uhr

Dauer: ca. 1,5 - 2 Stunden

Treffpunkt: Fürth, Kohlenmarkt (vor Frankenticket)

Fürth war als das »zweite« Frankfurt in den jüdischen Gemeinden geachtet. Viele Jüdinnen und Juden lebten in der Stadt.

Noch heute stehen in Fürth – vom Zweiten Weltkrieg unbeschadet – viele Bauten, die an die sogenannte Arisierung erinnern. Die Komödie Fürth und etliche Schulhäuser zählen dazu. Auch der Gründer von »Quelle« Gustav Schickedanz profitierte vom Leid der jüdischen Mitbürger*innen. An der Arisierung war v. a. der Gauleiter Mittelfrankens Julius Streicher beteiligt. Er galt als besonders skrupelloser Erfüllungsgehilfe Hitlers. Wer sind die anderen Gewinner*innen, die Profit aus den Ausschreitungen und Enteignungen zogen?

Anmeldung:
Helmut Steiner (per E-Mail: hel_st@web.de; per Telefon: 0911 7871549)

Einladung
zur bundesweiten Fach- und Vernetzungstagung

Haltung zeigen – Demokratie und Zivilcourage stärken! Pädagogische und GEWerkschaftliche Handlungsperspektiven im Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Die Tagung richtet sich an Kolleg*innen in der schulischen und außerschulischen Bildung, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie an GEW-Aktive, die sich für die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen sowie gegen Meinungsmache und Einschüchterungsversuche der Neuen Rechten (besser) wappnen wollen.

Wann: 1.11. (13.00 Uhr) bis 2.11.2019 (15.30 Uhr)
Wo: Leipzig
Weitere Informationen und **Anmeldung bis 15.9.** unter: gew.de/haltungzeigen

Die GEW Nürnberg lädt zu einem Vortrag mit Diskussion ein

Politische Bildung in Bayern

(aus der Sicht der SPD)

Referent:

Klaus Barthel
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD
Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll)

Wann: Montag, 30. September 2019, 19 Uhr

Wo: DGB-Haus Nürnberg, 7. Stock

Anmeldung bitte bis 16. September
per E-Mail: vorstand@gew-nuernberg.de; per Telefon: 0911 9921496;
per Post: GEW Nürnberg, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg

Einladung zur Bezirksdelegiertenkonferenz der GEW Unterfranken

Im Rahmen der Konferenz bieten wir einen Vortrag an:

»Wie politisch darf Bildung sein?«

Referent: **Prof. Dr. Alexander Wohnig**
Didaktik der Sozialwissenschaften, Fakultät I der Universität Siegen

Wann: **Samstag, 12. Oktober**, 10.00 bis 11.30 Uhr

Wo: Kolping-Akademie, Kolpingstraße 1, 97070 Würzburg

Anmeldung:
presse@gew-unterfranken.de (Jörg Nellen)
Eintritt frei

Das DGB-Bildungswerk Bayern und die GEW Bayern laden zum Seminar für Personalrät*innen nach Art. 46 Abs. 5 BayPVG ein

Grundschulung für Personalrät*innen

Wann: vom 25.11.2019 (11.00 Uhr) bis 29.11.2019 (11.00 Uhr)

Wo: Waldgasthof Geländer, Geländer 1, 85132 Geländer bei Eichstätt

Referent*innen:
- **Wolfram Döbereiner,** Fachanwalt für Arbeitsrecht
- **Katharina Walden,** Schulpsychologin
- **Ruth Brenner,** GEW / Mitglied Hauptpersonalrat (HPR)
- **Johannes Schiller,** GEW / Mitglied Hauptpersonalrat (HPR)
- **Sebastian Jung,** Gewerkschaftssekretär für Schule der GEW Bayern

Bitte beachten: Die Regierung von Niederbayern übernimmt die Reisekosten, Seminargebühr und Unterkunft/Verpflegung. Somit sind keine Einzelanfragen an die Regierung von Niederbayern notwendig!
Anmeldung: bis zum 28.10.2019 unter seminare@bildungswerk-bayern.de oder telefonisch unter 089 559336
Weitere Informationen: Seminarnummer 470-302-2019/WSF

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Altötting/Mühldorf Treffen nach Vereinbarung. Termine auf Anfrage
Kontakt: Jochen Peters, ☎ 08639 5330, jochenpeters8@aol.com
oder Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen,
Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg Termine auf Anfrage
Kontakt: Monika Hartl, ☎ 06021 4398235

Augsburg Termine/Infos: gew-augsburg.de, Treffen jeden 1. Donnerstag
im Monat ab 19.30 Uhr, im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Tobias Bevc, info@gew-augsburg.de

Bad Tölz/Wolfratshausen
Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken. de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 0951 67888, wi@gew-oberfranken.de

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien),
18.30 Uhr, Gaststätte »Die Laus«, Bayreuth, Hoffmann-Von- Fallersleben-Str. 24
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr,
Da Mario, Sally-Ehrlich-Str.7, Coburg
Kontakt: Jürgen Behling, ☎ 09566 808060, schmitt.behling@t-online.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,
Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, zerluth@web.de

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien)
19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr,
Arbeitslosenberatung: jeden 3. Mittwoch im Monat, 18.00-19.00 Uhr,
Friedrichstr. 7, Kontakt: ☎ 09131 8119451, info@gew-erlangen. de,
www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising Termine auf Anfrage
Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstenfeldbruck/Dachau
Treffen nach Vereinbarung, Kontakt: Margot Simoneit
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

Fürth Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth
am Mittwoch von 14.15 - 16.15 Uhr
Kontakt: ☎ 0911 6589010, gew-mittelfranken@nefkom.net

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat,
abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Schrobenhausen
offene Vorstandssitzung am 3. Donnerstag im Monat ab 17.30 Uhr
im Café Maximilians, Schäffbräustr. 23, Ingolstadt
Kontakt: Daniel Eisele, daniel.eisele@gew.bayern

Kempten/Oberallgäu Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Michaela Baumüller, gew.keoa@web.de

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183• gew-gerold@web.de

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768
oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu Termine auf Anfrage
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 08331 6400009, gew-unterallgaeu@gmx.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen
Termine: gew-muenchen.de
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Michael Hatala, ☎ 0176 39579577
michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschuleforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Michael Hemberger, hembergermichi@gmail.com

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Universität
und GEW-Studierende, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatlich Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 089 4483916, Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München AK Union Busting jeden 3. Mittwoch 18.00 Uhr, DGB-Haus,
Gruppenraum der GEW, Kontakt: AOB@gew-muenchen.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 0170 5430455

München GEW-Seniorinnen und Senioren
Jour-fixe jeden 3. Montag im Monat, 17.00 - 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Elisabeth Reiter, ☎ 089 74949744, e.reiter@link-m.de

Neumarkt/Oberpfalz
Treffen: Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg
Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen Traube, Witzighausen
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396
ulrich.embacher@gmail.com

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 0911 301491, werner_reichel@web.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe, Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.sopaed.net
Kontakt: K. Höbner, khoebner@arcor.de, B. Frey: benifrey@posteo.org

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen
Treffen nach Vereinbarung.
Kontakt: gew-mittelfranken@nefkom.net, ☎ 0911 6589010

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064,
gerd.schnellinger@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Aphrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Stefanos,
Bruderwöhrdstr. 15, Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien
von 16.00-17.00 Uhr im Büro Richard-Wagner-Str. 4/I, rückw.
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Mittwoch im Monat,
19.00 Uhr, im »Z – linkes Zentrum«, Innstr. 45, Rosenheim
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 08031 95157

Roth/Schwabach/Hilpoltstein
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,
manfred.schwinger@asamnet.de

Weiden jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten
Termine auf Anfrage: raul.vitzthum@gew.bayern
Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen Termine auf Anfrage
Kontakt: Irmgard Schreiber-Buhl, ☎ 08861 9789
wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

Würzburg monatliche Treffen, Termine auf Anfrage,
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de